
Testatsexemplar

Basell Polyolefine GmbH
Wesseling

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024
und Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum
31. Dezember 2024

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS



Inhaltsverzeichnis	Seite
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024.....	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2024.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2024.....	7
Anlagenspiegel.....	25
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

Basell Polyolefine GmbH, Wesseling**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024**

1	Grundlagen der Gesellschaft	2
1.1	Strukturen	2
1.2	Einbindung in den LYB Konzern	2
1.3	Produkte	3
1.4	Forschung und Entwicklung	4
2	Wirtschaftsbericht	5
2.1	Rahmenbedingungen.....	5
2.1.1	Allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
2.1.2	Chemische Industrie.....	5
2.1.3	Rohstoffmarkt	6
2.2	Geschäftsentwicklung	6
2.2.1	Polyolefine	7
2.2.2	Olefine.....	8
2.2.3	Lizenzen	8
3	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.....	9
3.1	Ertragslage	9
3.2	Finanz- und Vermögenslage	10
4	Personal- und Sozialbereich	13
5	Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Nachhaltigkeit	13
6	Angaben zur Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)	14
7	Prognose-, Chancen- und Risikobericht.....	15
7.1	Prognosebericht	15
7.2	Chancen der zukünftigen Entwicklung.....	16
7.3	Risiken der zukünftigen Entwicklung	17
8	Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB (Frauenquote).....	23

1 Grundlagen der Gesellschaft

1.1 Strukturen

Die Basell Polyolefine GmbH (BPO) ist eine der größten Produktionsgesellschaften im LyondellBasell Industries (LYB) Konzern.

Konzernobergesellschaft ist die LyondellBasell Industries N.V. (Rotterdam). Diese Gesellschaft ist unter dem Kürzel LYB an der New Yorker Börse NYSE notiert. Die BPO wird bei der LyondellBasell Industries N.V. in die nach US-GAAP und IFRS aufgestellten Konzernabschlüsse einbezogen.

Der Konzern steuert die Aktivitäten der deutschen Tochterunternehmen über die Basell Germany Holdings GmbH (BGH). Diese hat als Obergesellschaft einen Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag mit der BPO. Die BPO hat als Obergesellschaft einen entsprechenden Vertrag mit der Basell Bayreuth Chemie GmbH (BBC), welche wiederum einen Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag mit der A. Schulman GmbH (ASG) abgeschlossen hat.

1.2 Einbindung in den LYB Konzern

LyondellBasell Industries N.V. ist ein globales, unabhängiges Chemieunternehmen und wurde am 15. Oktober 2009 nach niederländischem Recht gegründet. Gemessen am Umsatz gehört LyondellBasell zu den weltweit führenden unabhängigen Chemieunternehmen. LyondellBasell nimmt weltweit an der gesamten petrochemischen Wertschöpfungskette teil und ist in vielen Produktlinien branchenführend. Die Kunden von LyondellBasell verwenden die hergestellten Kunststoffe und Chemikalien zur Herstellung einer breiten Palette von Produkten, die die Menschen in ihrem täglichen Leben nutzen, darunter Lebensmittelverpackungen, Einrichtungsgegenstände, Automobilkomponenten, Farben und Lacke. Außerdem entwickelt und lizenziert LyondellBasell chemische und Polyolefin-Verfahrenstechnologien, stellt Katalysatoren zur Produktion von Polyolefinen her und verkauft diese.

Durch konzerninterne bzw. vertikal integrierte Anlagen bestehen Möglichkeiten, sämtliche Verarbeitungsschritte von Basis-Kohlenwasserstoffen bis hin zu Produkten für komplexere Anwendungen intern durchzuführen.

Die Geschäfts- und Produktionstätigkeit von LYB ist aufgeteilt in die Bereiche Olefine & Polyolefine, Zwischenprodukte & Derivate und Raffinerie-Produkte, Zirkuläre und Low-Carbon Produkte, „Advanced Polymer Solutions“ („APS“), sowie Technologie.

Die von der BPO hergestellten Produkte sind dem Bereich Olefine & Polyolefine sowie APS zuzuordnen, wobei hier nahezu die gesamte Bandbreite an Produkten erzeugt wird. Im Wesentlichen handelt es sich um Ethylen, Propylen und Butadien bei den Olefinen und um Polyethylen (PE), Polypropylen (PP) und PP-Compounds bei den Polyolefinen und APS. Die Fertigprodukte aus dem Bereich der Polyolefine und APS

werden an die zentrale europäische Vertriebsgesellschaft der LyondellBasell Gruppe mit Sitz in den Niederlanden verkauft. Weiterhin wird im Segment Technologie noch das Lizenz- und Katalysatorgeschäft betrieben.

LYB hat eine fest integrierte Nachhaltigkeitsstrategie definiert, mit dem Ziel, qualitativ hochwertige Kreislaufpolymere zu produzieren und so die Kreislaufwirtschaft zu fördern sowie Sekundärrohstoffe anzubieten. Ab 2030 sollen durch LYB pro Jahr 2 Millionen Tonnen recycelte und erneuerbare Polyolefine produziert und vermarktet werden.

Zusätzlich hat LYB die Ziele der 42%igen Reduktion der CO2-Emissionen des ersten und zweiten Scopes, der 30%igen Reduktion der CO2-Emissionen des dritten Scopes im Vergleich zu 2020, der Berücksichtigung von mindestens 50% Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen bis 2030 und der Emissionsneutralität (Scope 1 & 2) bis 2050 formuliert.

In dem jährlich von LYB veröffentlichten Nachhaltigkeitsbericht sind Umweltdaten sowie Strategien im Bereich Nachhaltigkeit aufgeführt. Ebenso werden die Gründe und der Einsatz für Investitionen in Recycling und in die Kreislaufwirtschaft erläutert. Hiermit einhergehend hat LYB ein europaweites Programm ins Leben gerufen, das langfristig die Reduzierung von CO2-Emissionen anstrebt.

1.3 Produkte

Zum Geschäftsbereich Olefine & Polyolefine, zu dem auch die BPO zählt, gehört die Herstellung von Olefinen wie Ethylen und Propylen, die teilweise - einschließlich ihrer Nebenprodukte - direkt am Markt verkauft oder zu den Kunststoffen Polyethylen (PE) und Polypropylen (PP) sowie den daraus hergestellten PP-Compounds weiterverarbeitet werden.

Am größten Produktionsstandort der BPO in Wesseling werden eigenproduziertes Ethylen und Propylen zur Herstellung von Low Density Polyethylen (LDPE), High Density Polyethylen (HDPE) und Polypropylen (PP) verwendet. Die eigene Herstellung der Ausgangsstoffe Ethylen und Propylen aus dem Haupteinsatzstoff Naphtha erfolgt durch zwei am Standort betriebene Cracker. Weiterhin ist der Standort an die RMR Pipeline zur Naphtha-Versorgung sowie an die ARG und ISH Pipelines zum Im- und Export von Ethylen angebunden.

Der Standort Münchsmünster verfügt ebenfalls über einen Cracker zur eigenen Herstellung der wesentlichen Ausgangsprodukte für die am Standort betriebene HDPE-Anlage. Der Standort ist sowohl an die InfraServ Gendorf (ISG), die Ethylen Pipeline Münchsmünster-Gendorf, als auch an die Ethylen-Pipeline-Süd (EPS) angeschlossen. Damit kann der Standort nicht nur über das Pipelinennetz Ethylen nach Gendorf liefern, sondern auch nach Ludwigshafen, wo wiederum eine Verbindung zum nordeuropäischen Ethylen Pipelinennetz besteht. Insgesamt ermöglicht die Anbindung

an die EPS eine höhere Flexibilität aller BPO Standorte hinsichtlich der Ethylen-Versorgung.

An den weiteren Produktionsstandorten in Frankfurt und Knapsack werden - auch aus zugekauften Rohstoffen - HDPE, PP und PP-Compounds produziert. Zudem werden Polyolefin-Katalysatoren an den Standorten in Frankfurt und Ludwigshafen hergestellt.

Die BPO verkauft die Cracker-Produkte direkt oder verarbeitet diese vorher zu Butadien und Isobutan weiter.

Neben der Produktion von Polymeren entwickelt und lizenziert die BPO das zur Polymerproduktion notwendige Verfahrens-Know-how. In diesem Rahmen werden mit Polyethylen-Technologie verbundene Lizenzen und Katalysatoren direkt an Kunden und Joint Ventures weltweit verkauft.

1.4 Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten werden gruppenweit koordiniert und gesteuert. Für den Bereich Polyethylen sind diese Aktivitäten schwerpunktmäßig am Standort Frankfurt angesiedelt. Einen wichtigen Baustein stellt heute die Entwicklung nachhaltiger Polymere zusätzlich zur Entwicklung und Verbesserung klassischer Produkte dar. Dies zeigt sich auch anhand der Ausrichtung des vergangenen Geschäftsjahres.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich auf € 12,9 Mio. nach € 14,0 Mio. im Vorjahr.

Der Getränkeverbundkarton ist weiterhin eine der wichtigsten Einwegverpackungsarten für flüssige Nahrungsmittel und kohlensäurefreie Getränke, da dieser für Licht und Sauerstoff undurchlässig und leichter als zum Beispiel Glasflaschen ist. Während der Karton mit Polyethylen beschichtet wird, besteht die Verschlusskappe häufig noch aus Polypropylen. Als alternatives Verschlussmaterial konnte *Hostalen* GA 7255 erfolgreich entwickelt werden, welches hohe Steifigkeit und leichtes Verarbeitungsverhalten kombiniert, wodurch bei geringem Materialeinsatz schnelle Zykluszeiten im Spritzgussprozess erreicht werden können. Zusätzlich besitzt *Hostalen* GA 7255 exzellente mechanische Eigenschaften, weshalb auch "Tethered Caps" (angebundene Verschlüsse) damit produziert werden können. Damit leistet HS GA 7255 einen zusätzlichen Umweltbeitrag, denn lose Verschlüsse an Flaschen oder Saftkartons können potentiell den Plastikmüll in Gewässern, Wäldern oder an Stränden vermehren.

Für eine erfolgreiche Energiewende müssen die Stromnetze weiter ausgebaut werden. Erdverlegte Hochspannungsleitungen sind ein Teil dieses Stromnetzausbau, wobei auch an die erdverlegten Kabelschutzrohre hohe Anforderungen gestellt werden, denn diese schützen die Stromtrassen über Jahrzehnte vor Beschädigungen und müssen zusätzlich die Wärme der Starkstromkabel abführen. Diese hohen

Materialanforderungen werden von *Hostalen* CRP 100 RC-HT erfüllt. Das Material mit seinem neu entwickelten Stabilisierungspaket wurde auf seine Wärmealterungsbeständigkeit geprüft und aus dem erhaltenen Test ergibt sich eine thermische Beständigkeit von > 50 Jahren bei Temperaturen von bis zu 70°C. Außerdem verfügt *Hostalen* CRP 100 RC-HT über eine exzellente Spannungsrißbeständigkeit, sehr hohe Schlagzähigkeit, auch bei niedrigen Temperaturen, kombiniert mit einer sehr guten hydrostatischen Langzeiftfestigkeit, weshalb die produzierten Rohre auch für eine sandbettlose Verlegung geeignet sind.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

2.1.1 Allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im vergangenen Jahr blieb die Weltwirtschaft aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten durch den Krieg gegen die Ukraine und geopolitischen Spannungen weiterhin gedämpft. Zusätzlich wirkten die hohe Inflation und weiterhin erhöhte Zinsen bremsend auf die wirtschaftliche Entwicklung. Das Wachstum wurde vor allem vom Dienstleistungssektor getragen, während die Industrie in vielen Ländern in der Krise blieb. Besonders schwach fiel das Wachstum in den Industrieländern aus, insbesondere in Deutschland und Europa. Auch im Jahr 2024 setzte sich die Schwäche der Industrie fort, die Nachfrage der Konsumenten sank durch die weiter anhaltend hohe Inflation in vielen Ländern. Dies führte zu einer weiteren Drosselung der Produktion. Die globale Wirtschaft wuchs im Jahr 2024 laut des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (nachfolgend auch „VCI“ genannt) insgesamt um 2,6 %. (Quelle: Business Worldwide vom 12. März 2025, VCI).

2.1.2 Chemische Industrie

Die Wachstumsrate der globalen Chemieproduktion betrug im Jahr 2024 laut VCI insgesamt 4,6 %. Dieses Wachstum wurde maßgeblich durch die starke Entwicklung in China beeinflusst. In Europa hingegen drosselten nahezu alle Branchen ihre Produktion. Ein schwacher europäischer Markt, kaum Impulse aus dem Ausland sowie strukturelle Probleme in Inland bremsten die Entwicklung. Aufgrund der schwachen Entwicklung in den Kundenindustrien und im Baugewerbe blieb die Nachfrage nach chemischen Produkten schwach. Im Euroraum stieg insgesamt die Produktion im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 %.

Trotz der stagnierenden Wirtschaftslage in Deutschland, bedingt durch strukturelle Wachstumshemmisse, und einer schwachen globalen Konjunktur als zusätzlicher Belastungsfaktor, konnte die Produktion der chemischen Industrie (inkl. Pharmaindustrie) in Deutschland spartenübergreifend einen Anstieg um 1,0 % verzeichnen (Quelle: Quartalsbericht 4.2024 vom 12. März 2025, VCI). Aufgrund der schwachen Nachfrage und sinkender Rohstoffkosten sanken die Erzeugerpreise im

Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Der Nachfragerückgang führte zu einem Umsatzrückgang der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie um insgesamt 2,0 %. Für das Inlandsgeschäft ergab sich im Jahr 2024 ein Rückgang des Umsatzes von 4,2 %, während das Auslandsgeschäft, mit einem leichten Rückgang von 0,7 %, stabil blieb.

2.1.3 Rohstoffmarkt

Das Jahr 2024 war im Bereich der Olefine, insbesondere auf dem Gebiet der Rohstoff- und Produktpreise, von einem leichten Preisanstieg gekennzeichnet.

Der Preis des Hauptrohstoffes Naphtha folgte der Rohölpreisentwicklung. Der durchschnittliche Naphthapreis erhöhte sich gegenüber 2023 um 1,9 % auf 607 €/t.

Die Preise in Euro für die Rohstoffe, welche in US-Dollar gehandelt werden, veränderten sich unterjährig durch die Wechselkursentwicklung geringer als in den Vorjahren. Der Jahresdurchschnittskurs des Euro gegenüber dem Dollar ist im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben (1,08 \$/€ in 2023 und 2024) und hat den Preiseffekt bei den Rohstoffen nicht zusätzlich beeinflusst.

2.2 Geschäftsentwicklung

Auch in 2024 war der petrochemische Markt mit schwacher globaler Nachfrage, hohen Rohstoffkosten und wirtschaftlichen Unsicherheiten konfrontiert. Strukturelle Wettbewerbsnachteile der chemischen Industrie in Europa – hier auch der Polyolefinproduzenten – kulminierten mit Ankündigungen von Werkschließungen, Konsolidierungen und strategischen Neuausrichtungen europäischer Marktteilnehmer.

Der anhaltende Ukraine Krieg, Unruhen im Nahen Osten und die schwächelnde Wirtschaft in Europa und insbesondere in Deutschland führten zu Unsicherheit und zurückhaltendem Kaufverhalten der Kunden. Dies wiederum mündete weiterhin in einer anhaltend schwachen Nachfrage nach langlebigen Wirtschaftsgütern, was sich wiederum negativ auf die Absatzmengen und damit einhergehenden niedrigeren Margen in vielen Geschäftsbereichen der BPO auswirkte.

Das EBITDA sank im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023 sowohl bei Olefinen als auch bei Polyolefinen, hauptsächlich zurückzuführen auf niedrigere Polymermargen und eine schwache Nachfrage. Das EBITDA für Lizenzen stieg im Vergleich zum Vorjahr.

Im Lizenzgeschäft blieb die Nachfrage nach Lizenzen für Lupotech LDPE-EVA auch im Jahr 2024 stark. Ein beschleunigter Übergang zu grüner Energie hielt das Interesse an Lupotech T-Lizenzen hoch. Der Umsatz mit Hostalen ACP-Lizenzen erhöhte sich im Vergleich zu 2023. Ebenso war der weltweite Absatz von Katalysatoren in 2024 höher als in 2023.

Aufgrund der gesunkenen Ölpreise und leicht gestiegenen Naphthapreise sowie rückläufigen Energiepreisen waren die Durchschnittspreise für Olefine und Polyolefine auch im Jahr 2024 geringer als in den Vorjahren. Dies führte trotz geringerer Absatzvolumina zu einer Umsatzsteigerung von 0,9%. Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung stieg von einem Verlust des Vorjahres von € -49,2 Mio auf einen Gewinn von € 2,9 Mio deutlich um € 52,1 Mio hauptsächlich begründet durch höhere Lizenzentgelte sowie höhere Erträge aus der Gewinnabführung der Tochterunternehmen.

Die Prognose des Vorjahres eines „moderaten“ Umsatzanstieges konnte leider aufgrund der herausfordernden Preis- und Absatzentwicklung nicht erreicht werden. Die Prognose hinsichtlich Jahresüberschuss vor Gewinnabführung "auf niedrigem Niveau" wurde erreicht.

Die einzelnen Geschäftsbereiche entwickelten sich wie folgt:

2.2.1 Polyolefine

Strukturelle Wettbewerbsnachteile der chemischen Industrie in Europa – hier auch der Polyolefinproduzenten – kulminierten mit Ankündigungen von Werkschließungen, Konsolidierungen und strategischen Neuausrichtungen europäischer Marktteilnehmer.

Die Nachfrage nach Polyolefinen verzeichnete im europäischen Markt 2024 mit einem Zuwachs von 3,6% eine Absatzsteigerung jedoch mit 70% hauptsächlich durch Importe bedient wurde, die gleichfalls einen nachhaltigen Preisdruck auf heimische Produzenten ausübten. Die Absatzmengen und Margen variierten je nach Marktdynamik und dem wirtschaftlichen Gesamtzustand der jeweiligen Endsegmente.

Im Kontext hoher Volatilität und einem dynamischen Preisumfeld in dem für die BPO relevanten Markt entwickelten sich die integrierten Margen positiv.

Bei Polyolefinen war eine nachfragebedingte Steigerung der Kapazitätsauslastungen und eine insgesamt gestiegene Jahresproduktion festzustellen, die allerdings weit unter dem 5-Jahres-Durchschnitt verblieb. Die „normalen“ Absatzmengen im europäischen und auch im internationalen Markt konnte durch die heimische Produktion uneingeschränkt bedient werden. Lagerbestände wurden im Jahresverlauf kontrolliert abgebaut und standen zum Jahresende im mittleren Bereich, je nach Produktgruppe.

Der europäische Wirtschaftsraum war 2024 Nettoexporteur für Polyethylen niedriger Dichte (LDPE) und Nettoimporteur sowohl für Polyethylen hoher Dichte (HDPE) als auch für Polypropylen (PP). Die Volumenentwicklung bei Importen verzeichnete über alle Produktgruppen einen starken Anstieg. Bei Exporten war die Volumenentwicklung je nach Produktgruppe unterschiedlich, verzeichnete jedoch insgesamt einen substanzuellen Zuwachs.

Im Polymerbereich der BPO sanken die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr von € 2,39 Mrd. auf € 2,35 Mrd. um 1,9 %, bedingt durch den Rückgang des Verkaufsvolumens. Der Rückgang des Verkaufsvolumens im Bereich HDPE führte zu einer Verringerung der Erlöse um 7,8 %. Der Bereich LDPE verzeichnete einen Umsatzanstieg um 2,8%. Im Bereich PP stiegen die Erlöse um 7,6%. Im Bereich Polypropylen Compounds war eine Zunahme der Verkaufsmenge zu verzeichnen, die zu einer Erhöhung der Erlöse um 3,1 % führte.

2.2.2 Olefine

Im Jahr 2024 stieg die Kapazitätsauslastung der europäischen Olefinproduzenten (Cracker) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht an, stand jedoch weitestgehend unter Druck. Geplante wie ungeplante Produktionsunterbrechungen waren 2024 stärker ausgeprägt als im Vorjahr und wurden durch kommerzielle Drosselungen, bedingt durch eine zurückhaltende Nachfrage nach Derivaten in einer abgekühlten Konjunktur, zusätzlich verstärkt. Produktionsvolumina bei Olefinen verliefen leicht über Vorjahresniveau, bewegten sich jedoch unverändert weit unter dem 5-Jahres-Durchschnitt. Die Ethylenmargen verblieben 2024 wettbewerbsbedingt unter Druck. Aufgrund der anhaltenden Wettbewerbsnachteile europäischer Produzenten kam es 2024 zur Ankündigung von Werkschließungen durch Marktteilnehmer in verschiedenen europäischen Nachbarländern.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stiegen im Vorjahresvergleich um € 26,2 Mio. auf € 1,37 Mrd.

Das Produktionsvolumen reduzierte sich bei den Monomeren um 6,4 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die Ethylen-Produktion bei den Crackern lag 5,1 % und Propylen um 2,6 % unter dem Vorjahresniveau. Dies beruhte im Wesentlichen darauf, dass in Wesseling im Herbst die TÜV-Abstellung der OM6 stattfand. Die Produktionsmengen des Crackers OM4 in Wesseling und des Crackers in Münchsmünster erhöhten sich im Vergleich zu 2023 und kompensierten somit teils den Produktionsausfall der OM6.

2.2.3 Lizenzen

Die Lizenzerlöse in Höhe von € 135,6 Mio. stiegen stark um € 62,7 Mio. bzw. rund 85,9 %. Die Erlöse aus dem Lizenzgeschäft werden handelsrechtlich erst bei Abschluss der Leistungserbringung, d.h. der Lieferung der Konstruktionspläne oder der Abnahme der Anlage, realisiert.

3 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.1 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

€ Mio.	2024	2023	Veränderung zum Vorjahr
Umsatzerlöse	3.983,6	3.947,2	0,9 %
Herstellungskosten	- 3.773,6	- 3.778,9	- 0,1 %
Bruttoergebnis vom Umsatz	210,0	168,3	24,8 %
Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBIT)	-3,3	-42,0	92,1 %
Ergebnis nach Steuern	4,1	- 47,9	108,5 %
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung (Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme)	2,9	- 49,2	105,8 %

Obwohl in 2024 das Verkaufsvolumen um 7,6 % gesunken ist, konnte durch höhere Lizenzerlöse eine Erhöhung der Umsatzerlöse um 0,9 % erzielt werden. Dies führte bei einem gleichzeitig leichten Rückgang der Herstellungskosten insgesamt zu einer deutlich positiven Entwicklung des Bruttoergebnisses mit einem Zuwachs um 24,8 %.

Herstellkosten:

Im Berichtsjahr 2024 sanken die Herstellkosten insgesamt um € 5,3 Mio. bzw. 0,1 % auf € 3.773,6 Mio. Die variablen Herstellkosten sanken im Vergleich zum Vorjahr, die fixen Herstellkosten stiegen hingegen.

Der Rückgang der Rohstoff- und Energiekosten war im Jahr 2024 ein wesentlicher Grund für die Abnahme der variablen Herstellkosten.

Die Veränderung der fixen Herstellkosten resultierte weitgehend aus einem Anstieg der sonstigen Fremdleistungen und sonstigen Aufwendungen.

Ergebnis der Betriebstätigkeit und Finanzergebnis:

Das Ergebnis der Betriebstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit € -3,3 Mio. um 92,1 % gestiegen. Das Ergebnis nach Steuern verbesserte sich signifikant aus einem Verlust in 2023 von € -47,9 Mio. zu einem Gewinn von € 4,1 Mio. um 108,5 %.

Sowohl die Steigerung der Umsatzerlöse um € 36,4 Mio. als auch der Rückgang der Herstellkosten um € 5,3 Mio. wirkten sich positiv auf das Ergebnis aus.

Die Forschungs- und Vertriebskosten sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dagegen stiegen die allgemeinen Verwaltungskosten deutlich aufgrund höherer Headquarteraufwendungen für den IT-Bereich.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit € 27,8 Mio. um € 5,3 Mio. bzw. 23,6 % über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge resultierte hauptsächlich aus der Auflösung von Rückstellungen für die Pensionen durch den Effekt der versicherungsmathematischen Annahmen.

Das Finanzergebnis erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um € 18,2 Mio. auf € 19,7 Mio. Diese Veränderung beruhte im Wesentlichen auf die im Geschäftsjahr 2023 angefallene außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 18,6 Mio. auf die Beteiligung an der EPS Ethylen-Pipeline-Süd GmbH & Co. KG. Außerdem beeinflussten die Erträge aus Gewinnabführung mit einem Anstieg von € 10,9 Mio. im Vergleich zum Vorjahr das Finanzergebnis positiv. In 2024 hatten die Zinsaufwendungen und -erträge hingegen insgesamt einen negativen Effekt von € 11,0 Mio.

Verglichen mit dem Vorjahr sind die Steuern vom Einkommen und Ertrag auf € 12,3 Mio. um 66,1 % gestiegen.

Insgesamt stieg das aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages von der Basell Germany Holdings GmbH zu übernehmende Ergebnis nach dem Verlust im Vorjahr um € 52,0 Mio. auf € 2,9 Mio.

3.2 Finanz- und Vermögenslage

Anlagevermögen: € 973,4 Mio. (+44,5%)

Der Wert des Sachanlagenbestandes ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, da insbesondere die Investitionen von € 373,3 Mio. die Anlagenabschreibungen von € 72,5 Mio. übertrroffen haben.

Die Investitionen in das Anlagevermögen sind um 120,7 % höher als im Vorjahr.

In Projekte mit dem Ziel der Nachhaltigkeit wurden € 180,9 Mio. investiert. Das größte Projekt ist der Neubau einer Anlage zur Umwandlung von Kunststoffabfällen in hochwertiges Pyrolyse-Öl nach der konzerneigenen Molekular Recycling Technologie (MoReTec) am Standort Wesseling mit einem Projektvolumen von rd. € 383,3 Mio. Der Investitionsanteil hierfür betrug im Jahr 2024 € 123,1 Mio. Die Anlage soll 2026 fertiggestellt werden.

Investitionen in Höhe von € 53,5 Mio. wurden in Projekte mit dem Ziel der Ergebnisseigerung getätigt. Das größte Projekt in diesem Bereich ist die Optimierung der Naphtha Logistik für Binnenschiffe.

Zur Qualitätsverbesserung, Energieoptimierung und für Umwelt wurden eine Reihe von mittleren und kleineren Projekten in Höhe von € 21,3 Mio. durchgeführt.

Außerdem wurden im Berichtsjahr Investitionen in weitere diverse mittlere und kleinere Projekte mit einem Gesamtvolume von € 117,6 Mio. getätigt.

Umlaufvermögen: € 978,1 Mio. (-14,7%)

Der starke Rückgang des Umlaufvermögens beruhte vornehmlich auf der Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen von € 562,2 Mio. auf € 347,5 Mio. Die Vorräte stiegen deutlich von € 385,1 Mio. in 2023 auf € 420,2 Mio in 2024. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen € 80,2 Mio. nach € 78,5 Mio. im Vorjahr. Die Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultierte aus dem Konzern-Cashpool, niedrigere Forderungen aus Ergebnisabführungen sowie den gesunkenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Eigenkapital: € 511,7 Mio. (+0,0%)

Das Eigenkapital ist aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit € 511,7 Mio. unverändert zum Vorjahr.

Rückstellungen: € 612,1 Mio. (-9,0%)

Der Rückgang der Pensionsrückstellungen ist im Wesentlichen auf die Änderung des Abzinsungszinssatzes zurückzuführen. Die weiteren sonstigen Rückstellungen beinhalten vorwiegend personalbezogene Verpflichtungen, Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen, Rückstellungen für Rückbaukosten und Bodensanierung. Die Verringerung der sonstigen Rückstellungen ist hauptsächlich aufgrund der hohen Auflösung der Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen sowie der Inanspruchnahme von Drohverlustrückstellungen aus dem Hedging zu begründen.

Verbindlichkeiten: € 830,5 Mio. (+30,0%)

Ausschlaggebend für den deutlichen Aufbau der Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Diese beinhalten die Abführung des Jahresüberschusses aus 2024 in Höhe von € 2,9 Mio. In 2023 lag hier eine Forderung in Höhe von € 49,2 Mio., aufgrund der Verlustübernahme durch die Muttergesellschaft, vor. Außerdem entstanden in 2024 Verbindlichkeiten für den Finanzverkehr aus dem Konzern-Cashpool in Höhe von € 102,0 Mio. Im Vorjahr bestand eine Forderung in Höhe von € 136,0 Mio. Zudem sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um € 19,9 Mio. gestiegen. Insgesamt sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr um € 124,8 Mio. gestiegen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen an Dritte sind ebenfalls signifikant um € 98,6 Mio. auf € 417,5 Mio. gestiegen.

Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen verzeichneten einen leichten Rückgang von € 269,8 Mio. in 2023 auf € 244,4 Mio. Diese Position beinhaltet Anzahlungen aus mehrjährigen Lizenzverträgen, Anzahlungen des hiermit zusammenhängenden Projektgeschäfts sowie Anzahlungen auf Bestellungen.

Finanzierung

Die Gesellschaft ist in den Cashpool des LyondellBasell Konzerns eingebunden und kann aus diesem liquide Mittel abrufen. Hierdurch wird die Liquidität der Gesellschaft sichergestellt.

Kapitalflussrechnung

Der Cash Flow der Gesellschaft ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr aus der nachfolgenden Kapitalflussrechnung. Insgesamt sind keine berichtspflichtigen Liquiditätsengpässe eingetreten oder absehbar. Aufgrund der Anbindung an den Konzern-Cash-Pool, der innerhalb des Cash Flows aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen wird, besteht zum Bilanzstichtag kein Zahlungsmittelfonds.

€ Mio.	2024	2023
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	27,2	61,0
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	(310,5)	(225,6)
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	283,3	164,6
Veränderung des Finanzmittelbestands	0	0

Analog zu den anderen Bereichen spiegeln sich auch im Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit die Entwicklung des Jahres 2024 und die Veränderung des Working Capitals wider.

Der Cash Flow aus Investitionen in Sachanlagen erreichte im Jahr 2024 ein Gesamtvolumen von € 331,4 Mio. und stieg damit um € 174,1 Mio. im Vergleich zum Vorjahr. In der Kapitalflussrechnung sind die zahlungswirksamen Investitionen innerhalb des Geschäftsjahres sowie gezahlte Eingangsrechnungen aus dem Vorjahr berücksichtigt.

Die starke Veränderung aus Finanzierungstätigkeit, deutlicher Anstieg des Zuflusses um 76,6 %, resultierte im Wesentlichen aus der Ergebnisabführung und dem Cashpooling.

4 Personal- und Sozialbereich

Die Anzahl der Beschäftigten betrug Ende Dezember 2024 2.397 Mitarbeiter (im Vorjahr 2.321).

Zum Jahresende belief sich die Zahl der Auszubildenden auf 203 (im Vorjahr 205).

5 Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Das Unternehmen setzt sich für die Sicherheit, die Gesundheit von Mitarbeitern und Nachbarn sowie einen nachhaltigen Schutz der natürlichen Umgebung ein.

Die Gesundheit der Mitarbeiter wird durch ein effizientes Gesundheitsmanagement gefördert.

Die Einhaltung der strengen Sicherheitsrichtlinien wird kontrolliert sowie durch fortlaufende Sicherheitsschulungen gewährleistet. Diese Sicherheitsgrundsätze sind in der sogenannten „Goal Zero“ Philosophie verankert. Das Ziel für die TRIR liegt damit grundsätzlich bei 0.

Die Rate der berichtspflichtigen Unfälle (TRIR) lag 2024 bei 0,09 und war damit deutlich besser als im Vorjahr (0,19) und niedriger als der Gruppendurchschnitt von 0,13.

Das Energiemanagement der BPO ist nach der Norm ISO 50001:2018 zertifiziert. Die einzelnen Standorte betreiben ein gemeinsames Energiemanagementsystem. In 2022 und 2023 wurde jeweils ein Überwachungsaudit durchgeführt, 2024 erfolgte die Re-Zertifizierung.

Das Qualitätsmanagement der BPO Standorte ist im Rahmen der europäischen Gruppenzertifizierung nach ISO 9001 zertifiziert. Die Standorte Knapsack und Wesseling, sowie Frankfurt R&D verfügen jeweils über ein Zertifikat gem. IATF 16949. Die Steuerung erfolgt durch Corporate Quality (Rotterdam).

Für den Geltungsbereich „Herstellung von Polyolefinen der Marke Purell“ ist gemäß ISO 15387 das Qualitätsmanagement der Produkte für Primärverpackungen von Arzneimitteln in den Werken Frankfurt, Wesseling und Münchsmünster zertifiziert.

Analog zur ISO 9001 sind die Standorte der BPO in die europäische Gruppenzertifizierung eingebunden, die von „Corporate Environmental“ (Rotterdam) gesteuert wird, und verfügen über ein entsprechendes Umweltmanagementzertifikat nach der Norm ISO 14001. Zusätzlich sind alle Polyolefinstandorte in 2021 nach ISCC+ zertifiziert worden. Diesbezüglich wurden in den Folgejahren Überwachungsaudits erfolgreich durchgeführt.

Das Arbeitssicherheitsmanagement im Werk Münchsmünster ist seit 2023 nach OHRIS (Occupational Health and Risk Management System) durch die Regierung von Oberbayern zertifiziert. Des Weiteren wurde 2024 für die Werke Münchsmünster, Frankfurt und Wesseling die Zertifizierung nach den Anforderungen des OCS Europe Certification Scheme erreicht.

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit, den Nachbarn und Behörden wird vom Unternehmen intensiv gepflegt und mit Hilfe von jährlichen Nachbarschaftsgesprächen untermauert. Zudem setzt sich die Gesellschaft im Rahmen eines sogenannten „Global Care Day“ für das Gemeinwohl ein, indem gemeinnützige Projekte materiell und personell unterstützt werden.

6 Angaben zur Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)

Die Basell Polyolefine GmbH betreibt nach eigener Einschätzung zum Bilanzstichtag ausschließlich Kundenanlagen. Die Betreiber sogenannter "Kundenanlagen" nach § 3 Nr. 24 a und/oder 24 b EnWG unterliegen keinen Pflichten aus dem EnWG.

Nach § 6b Abs. 3 EnWG ist durch vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen im Sinne von § 3 Nr. 38 EnWG für die durch § 6b Abs. 3 EnWG benannten Tätigkeiten eine buchhalterische Entflechtung vorzunehmen. Die Gesellschaft fällt in Deutschland nicht unter die Definition des § 3 Nr. 38 EnWG, da das Unternehmen im Elektrizitätsbereich weder die Funktion Übertragung oder Verteilung noch im Erdgasbereich die Funktionen Fernleitung, Verteilung, Betrieb einer LNG-Anlage oder Speicherung wahrnimmt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 war jedoch nicht abschließend geklärt, ob der Status des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens auch für die Unternehmensgruppe europaweit negiert werden konnte.

Als Konsequenz hat die Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahres 2012 im Rahmen einer konzernweiten Analyse darüber hinaus eruiert, ob die Voraussetzungen des § 6b Abs. 3 EnWG in Verbindung mit § 3 Nr. 38 EnWG europaweit für verbundene Unternehmen innerhalb des Konzerns im Sinne der EG-Fusionskontrollverordnung möglicherweise vorliegen.

Aufgrund des Umstandes, dass die Gesellschaft am Standort Wesseling Energie an andere liefert, würde das Vorliegen von Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 6 EnWG bei verbundenen Unternehmen die Pflicht zur Anwendung des § 6b EnWG für die Gesellschaft bedingen.

Im Zusammenhang mit der oben bezeichneten Analyse haben sich Anzeichen dafür verdichtet, dass ein mit der Gesellschaft innerhalb der EU verbundenes Unternehmen ggf. als Netzbetreiber im Sinne des EnWG einzustufen ist. Folglich hat die Gesellschaft

die Vorgaben zur buchhalterischen Entflechtung nach § 6b EnWG aus Vorsichtsgründen für die vorherigen Geschäftsjahre sowie für das Geschäftsjahr 2024 angewendet.

In der internen Rechnungslegung führen wir gemäß § 6b EnWG demnach getrennte Konten für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätsbereichs.

7 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

7.1 Prognosebericht

Für die BPO stiegen im ersten Quartal 2025 die Absatzmengen der Polyolefine. Es wird jedoch erwartet, dass die geringe Nachfrage in Europa auch im Jahr 2025 anhalten wird, während der Markt volatil und mit steigenden Importen gut versorgt bleibt. Folglich werden die Margen weiter unter Druck gesetzt. Die Kapazitätsauslastung im Olefin Bereich hat sich im Vergleich zu 2023 verschlechtert. Das Olefin-Geschäftsumfeld bleibt herausfordernd, bis eine Erholung der Nachfrage nach Derivaten sichtbar ist.

Das erste Quartal 2025 zeigt eine leichte Verbesserung der Nachfrage bei PP-Compounds mit Anzeichen einer Markterholung.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird erwartet, dass BPO die Talsohle hinter sich lässt und die Nachfrage steigt. Das erste Quartal wurde kurzfristig von Lieferengpässen gekennzeichnet, da es in der Nähe von Münchsmünster im Januar zum Brand in einer Raffinerieanlage gekommen und die Versorgung mit Naphtha und Hydrowax kurzfristig nicht mehr gegeben war. In den Folgemonaten rechnet man mit einer Steigerung der Nachfrage und besseren Ergebnissen als 2024. Diesen Umstand günstig beeinflussen würde die Tatsache, dass in Europa einige Cracker stillgelegt werden, u.a. in Italien, Niederlande und Frankreich, sodass dies eine positive Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit der BPO haben wird. Eine mögliche Beendigung des Ukraine Krieges würde der Industrie einen positiven Impuls geben.

Obwohl das Lizenzgeschäft aufgrund sinkender Aktivitäten beim Bau neuer Anlagen zurückgeht, rechnet man insgesamt mit einem leichten Umsatzanstieg im Vergleich zu 2024. Durch die weiterhin schwierigen Marktbedingungen wird für 2025 ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung auf Vorjahresniveau erwartet.

7.2 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Im 2023 traf LyondellBasell die endgültige Investitionsentscheidung für den Bau unserer ersten, katalytischen, chemischen Recyclinganlage im industriellen Maßstab in Wesseling unter Verwendung der proprietären MoReTec-Technologie. Die Bauarbeiten sollen bis Ende 2026 abgeschlossen sein.

Die MoReTec Anlage wird 50kt/a schwer zu recycelnde vorsortierte Kunststoffabfälle verarbeiten und in Rohstoffe für neue Polymere umwandeln, die unter der Marke CirculenRevive vermarktet werden. Sobald die Anlage in Betrieb ist, soll die Menge an Kunststoffverpackungen, die jedes Jahr von 1,2 Millionen deutschen Bürgern erzeugt wird, recycelt werden.

Der Innovationsfonds der Europäischen Union (EU) hat LyondellBasell für dieses Projekt als eines von 41 Projekten ausgewählt und einen Zuschuss in Höhe von 40 Millionen Euro gewährt. Die EU stellt € 3,6 Mrd. für die Finanzierung von Cleantech-Projekten bereit, um die Verringerung der Treibhausgasemissionen zu unterstützen.

Wir gehen davon aus, dass die neue Einheit LyondellBasell wertvolle Betriebserfahrung und technologisches Know-how zur Verfügung stellen wird, um die differenzielle MoReTec-Technologie zu skalieren und zu kommerzialisieren.

Das bereits angekündigte deutsche Joint Venture Source One Plastics der LYB Gruppe baute eine energieeffiziente, fortschrittliche Sortier- und Recyclinganlage für Mischkunststoffe aus dem Post-Consumer Bereich. Die Bauarbeiten sind abgeschlossen und die Anlage ist im zweiten Quartal 2024 in Betrieb gegangen. Der Standort wird Abfälle aufbereiten, die einen wesentlichen Teil des Ausgangsmaterials für die katalytische Recyclinganlage liefern, die LYB in Wesseling baut.

Um die Aufbereitung zirkulärer Kunststoffe weiter voranzubringen, hat LYB in 2024 das Konzept des Cologne Hub weiter vorangebracht. Eine Fläche für diesen Hub wurde identifiziert; ein Pachtvertrag über 20 Jahre wurde mit dem Eigentümer der Fläche geschlossen. Im Cologne Hub werden dann in Wesseling und Knapsack Anlagen zum vertieften Sortieren von Kunststoffabfällen und die MoReTec Anlage zur Weiterverarbeitung der Kunststoffabfälle zusammengefasst. Einen Vorteil bietet dann auch die anschließende Integration in die Monomer- und Polymeranlagen des Standort-Verbundes Wesseling-Knapsack.

Im Herbst 2024 wurde eine weitere Technologie für die Aufbereitung von Kunststoffen mit dem Erwerb der APK AG durch die Basell Germany Holdings GmbH hinzugewonnen. Damit ist die komplette Wertschöpfungskette abgebildet. Diese kann dann entsprechend den gesetzlichen Vorgaben (Recycling-Quoten) und Kundenanforderungen in den kommenden Jahren entwickelt und errichtet werden.

Im Jahr 2024 wurden die CO2-Minderungspläne 2030 der Standorte Wesseling und Münchsmünster weiterhin erfolgreich vorangetrieben. In Wesseling wurden die Projekte im Rahmen der TÜV-Abstellung des Crackers OM6 in 2024 weiter vorangetrieben und in die TÜV-Stillstandsplanung integriert. Die endgültige Investitionsentscheidung wurde im Januar 2024 finalisiert. Eine zweite Energiestudie für Wesseling wurde gestartet, um Verbesserungen am Cracker OM4 vorzunehmen und mögliche Brennstoffumstellungen auf Wasserstoff in den Steamcracker-Öfen von Wesseling anzugehen. Für Münchsmünster ist die Energiestudie abgeschlossen und ein CO2-Reduktionsfahrplan mit der Umsetzung im Zusammenhang der TÜV-Abschaltung des Crackers im Jahr 2027 erstellt. Mit seinen CO2-Reduktionsplänen für 2030 LYB Standort in Wesseling auf einem guten Weg, die Nachhaltigkeitsziele des Unternehmens für 2030 sowie die Klimaziele der EU und Deutschlands zu erreichen.

7.3 Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die gesamte LYB Gruppe hat sowohl die Geschäftsprozesse als auch die strategische Planung und das Risikomanagementsystem gesellschaftsübergreifend und konzernweit integriert und implementiert. Die einzelnen Konzerngesellschaften sind darauf ausgerichtet, die Erreichung der konzernweiten Ziele sicherzustellen. Auch die Thematik Compliance wird konzernweit gehandhabt und überwacht. Die Grundwerte des Konzerns sind in einem Verhaltenskodex festgehalten. Der Konzern hat außerdem weitere Regelungen unter anderem zur Vermeidung von Korruption, Betrug, Bestechung, Wettbewerbsverzerrung bzw. Verletzung des Kartellrechts und Einhaltung allgemeiner Gleichheitsgrundsätze implementiert. Die Mitarbeiter werden regelmäßig verpflichtend geschult, um die Einhaltung dieser Werte sicherzustellen und Risiken diesbezüglich zu minimieren.

Zusätzlich verfügt der Konzern über eine klar strukturierte webbasierte Dokumentation des internen Kontrollsysteams, die ebenfalls für die BPO angewendet wird. Das interne Kontrollsysteem unterliegt der regelmäßigen Prüfung der internen Revision.

Die Strategie des Risikomanagements der Gesellschaft wird in Verbindung mit der Strategie der LYB-Gruppe festgelegt. Das Risikomanagement wird zentral von der LYB-Gruppe in Übereinstimmung mit den geltenden Risikomanagementrichtlinien gesteuert.

In der folgenden Beurteilung der Einzelrisiken wird ein Einschätzungszeitraum von mindestens einem Jahr zugrunde gelegt. Um zu messen, welche Risiken am ehesten einen bestandsgefährdenden Einfluss haben, werden diese gemäß ihrer geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Auswirkungen als „hoch“, „mittel“ oder „gering“ eingestuft. Die Verteilung ist bei den unten aufgeführten Einzelrisiken in der Klammer hinterlegt.

Das stärkere ökologische Bewusstsein der europäischen Gesellschaft ist insgesamt positiv zu bewerten und birgt für das Unternehmen langfristig Chancen, aber kurzfristig eher Risiken. Es gibt eine wachsende Besorgnis über die Anhäufung von Kunststoffen einschließlich Mikroplastik und anderem Verpackungsmüll in der Umwelt. Darüber hinaus sind Kunststoffe verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und werden genauer betrachtet. Politische Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems werden von Regierungen auf allen Ebenen diskutiert oder bereits umgesetzt. So haben die Vereinten Nationen am 2. März 2022 eine Resolution (Globales Plastikmüll-Abkommen) zur Ausarbeitung eines neuen internationalen rechtsverbindlichen Instruments zur Bekämpfung von Plastikabfall verabschiedet, mit dem Ziel, die Verhandlungen bis Ende 2024 abzuschließen. Leider kam es zu keiner Einigung und die Verhandlungen mussten nach 2025 vertagt werden. Die Europäische Kommission hat im Rahmen ihrer Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, darunter die Verabschiedung der Richtlinie über Einwegkunststoffe im Jahr 2019. Hierzu zählen Verbote, Anforderungen an das Produktdesign, erweiterte Verpflichtungen zur Herstellerverantwortung und Kennzeichnungspflichten sowie ein Vorschlag für eine Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle, die die Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle ersetzen soll. Darüber hinaus haben verschiedenste Länder weltweit Verbote und Steuern auf Einwegkunststoffe erlassen. Die Verwendung bestimmter Kunststoffprodukte könnte für den Kunden höhere Kosten verursachen oder eingeschränkt werden und zu einem Rückgang der Nachfrage nach PE, PP und anderen hergestellten Produkten führen. Ein solcher Nachfragerückgang würde sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, das Betriebsergebnis und die Finanzlage auswirken (mittleres Risiko).

Im Rahmen des Pariser Klima-Abkommens von 2015 haben sich die Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen darauf geeinigt, ehrgeizige Anstrengungen zu unternehmen, um die Treibhausgasemissionen („THG“-Emissionen) zu reduzieren und die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zu stärken. Im Juni 2021 beschloss der Europäische Rat das Klimagesetz und legte damit rechtsverbindliche Ziele für die Reduktion der Treibhausgase fest, bis 2050 sollen die Emissionen auf netto Null und bis 2030 um 55 % reduziert werden. Im Laufe des Jahres 2023 wurden eine Reihe von Gesetzesreformen verabschiedet, die sich aus dem EU-Vorschlagspaket "Fit for 55" ergeben und derzeit umgesetzt werden, darunter Reformen des EU-Emissionshandelssystems (ETS) und die Einführung eines CO2-Grenzausgleichsmechanismus. Die BPO nimmt am Emissionshandelssystem der Europäischen Union ("ETS") teil und kauft zusätzlich zu den kostenlosen Emissionszertifikaten jährlich kostenpflichtige hinzu, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Durch die ergriffenen Maßnahmen wird davon ausgegangen, dass diese Regelung zu einer beschleunigten Reduzierung der kostenlosen Zertifikate und zu höheren Marktpreisen für gekaufte Zertifikate führen wird. Diese und weitere

Maßnahmen könnten zu erhöhten Kosten für eingekaufte Energie, Investitionskosten für die Einhaltung von Vorschriften der betroffenen Standorte und/oder Einschränkungen des Betriebes führen (mittleres Risiko).

Im September 2020 kündigte LyondellBasell das Ziel an, ab 2030 jährlich mindestens zwei Millionen Tonnen recycelte sowie erneuerbare Polymere zu produzieren und zu vermarkten. Viele Kunden der BPO haben sich auch zum Ziel gesetzt, den Anteil an recycelten und erneuerbaren Rohstoffen in ihren eigenen Produkten und Verpackungen zu erhöhen. Die Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, hängt von vielen Faktoren ab, darunter die Verfügbarkeit einer Sammel- und Sortierinfrastruktur sowie die sich entwickelnden Vorschriften für chemisches Recycling und Recyclinganteile. Weitere Voraussetzungen sind der Ausbau der in 2022 neu gegründeten Geschäftseinheit für Kreislauf- und kohlenstoffarme Lösungen, Investitionen in neue Technologien sowie die globale Präsenz der Recyclinganlagen und Joint Ventures zu erweitern. Damit wird der Zugang zu Rohstoffen für recycelte und kohlenstoffarme Produkte gesichert, um diese in kommerziellem Maßstab herstellen zu können. (mittleres Risiko).

Der Bau der MoReTec Anlage birgt Risiken wie bei allen Großbauprojekten. Die verspätete Herstellung und Lieferung bestellter Ausrüstungen und Materialien kann zu einer verspäteten Fertigstellung der vor Ort errichteten Arbeiten durch die Auftragnehmer führen. Sofern Fehler und Mängel festgestellt werden, können unzureichende Ressourcen der Auftragnehmer die Beseitigung der Mängel verzögern. Dies wiederum kann zur Erhöhung der Schnittstellen und damit zu höherem Abstimmmaufwand zwischen den vor Ort tätigen diversen Auftragnehmern führen mit der Folge von Überstunden und verlängerten Schichten für das gesamte Ingenieur- und Bauwesen, welches sich in höheren Kosten und verspäteter Fertigstellung der Anlage niederschlägt (mittleres Risiko).

Die Kosten für Rohstoffe und Energie machen einen erheblichen Teil der Herstellkosten aus. Aufgrund des starken Wettbewerbs, dem die BPO ausgesetzt ist, können Kostensteigerungen für Rohstoffe und Energien nicht immer vollumfänglich und direkt an die Kunden weitergegeben werden. Der hieraus entstehende Margendruck hat dann negative Auswirkungen auf die Ertragslage (mittleres Risiko).

Kostensteigerungen bei Rohstoffen, Energie oder eine allgemeine Preisinflation erhöhen zusätzlich den Bedarf an Betriebskapital. Dadurch könnte sich die Liquidität und der Cashflow verringern. Selbst wenn es möglich ist, die Kostensteigerung über die Verkaufspreise an den Kunden durchzureichen, besteht das Risiko des Nachfragerückgangs, da die Endverbraucher und Kunden ihren Konsum reduzieren oder Ersatzprodukte verwenden könnten. Dies hätte negative Auswirkungen auf das Betriebsergebnis. Darüber hinaus profitieren Produzenten in Regionen mit niedrigen Rohstoff- und Energiepreisen, wie z. B. im Nahen Osten und Nordamerika. Die Konkurrenz der Produzenten aus diesen Regionen kann zu verminderten Exporten

aus Europa führen. Eine solche Reduzierung könnte den Wettbewerb innerhalb Europas verstärken und tendenziell zu niedrigeren Margen führen (mittleres Risiko).

Bei einer Unterbrechung der Versorgung mit Rohstoffen oder Versorgungsgütern würden wahrscheinlich höhere Kosten für die Beschaffung alternativer Lieferungen oder übermäßige Ausfallzeiten entstehen, die sich negativ auf den Betrieb der Anlagen auswirken würden. Versorgungsunterbrechungen können unter anderem durch Transportengpässe infolge von Naturkatastrophen, Wasserständen und Unterbrechungen in der Lieferkette entstehen, die den Betrieb von Binnenschiffen, Schienenverkehr, Lastwagen und Pipelines beeinträchtigen können (hohes Risiko). Der Ausbau des Binnenhafen Godorf ist eine Chance und könnte sich positiv auf das Geschäft auswirken, da BPO dadurch größere Mengen verarbeiten kann.

Die Fähigkeit, Rohstoffe zu beziehen, kann durch politische Instabilität, zivile Unruhen oder andere staatliche Maßnahmen beeinträchtigt werden. Politische Instabilität, zivile Unruhen und Maßnahmen von Regierungen können zu einer erheblichen Verteuerung und Verknappung von Rohstoffen führen, die für eine normale Geschäftstätigkeit benötigt werden. Dies könnte erhebliche negative Auswirkungen auf die Ertragslage haben (mittleres Risiko).

Unter anderem ergeben sich Risiken auf der Beschaffungsseite durch den relativ begrenzten Markt an Lieferanten, die die eingesetzten Rohstoffe liefern können (mittleres Risiko). Diesem Risiko wird auf der Ebene der Gesellschaft durch einen möglichst hohen Grad an Rückwärtsintegration begegnet. Durch die Cracker in Wesseling und Münchsmünster wird in einem hohen Maße Unabhängigkeit von Ethylen- und Propylen-Zulieferungen erreicht.

Am 5. Juni 2025 hat LyondellBasell bekannt gegeben, dass sie eine Vereinbarung und exklusive Verhandlungen mit AEQUITA über den Verkauf von vier Olefin- und Polyolefinanlagen und dem damit verbundenen Geschäft in Europa, einschließlich des Standortes der Gesellschaft in Münchsmünster, abgeschlossen hat. Eine potenzielle Veräußerung von Vermögenswerten oder Geschäftsbereichen birgt Risiken, wie z.B. Know-How Verlust durch den möglichen Verlust wichtiger Mitarbeiter oder das Fortbestehen ungewisser Umwelt- oder anderer Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem veräußerten Standort. Darüber hinaus könnte es zu Wertminderungen von Vermögenswerten kommen, die das Betriebsergebnis beeinträchtigen können (geringes Risiko).

Die Geschäftstätigkeit der BPO unterliegt der zyklischen und volatilen Natur des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage in der Chemie- und Raffineriebranche. Es wird erwartet, dass die künftigen Betriebsergebnisse weiterhin von dieser Zykligkeit und Volatilität beeinflusst werden. In der Vergangenheit gab es in der Chemie- und Raffinerieindustrie abwechselnd Perioden mit Kapazitätsengpässen, die einen Anstieg der Preise und Gewinnspannen zur Folge hatten sowie Perioden mit

Überkapazitäten, die zu einem Überangebot, sinkender Kapazitätsauslastung und sinkenden Preisen und Gewinnspannen führten (mittleres Risiko).

Zusätzlich zu den Veränderungen bei Angebot und Nachfrage nach Produkten können Veränderungen bei den Energiepreisen und anderen weltweiten wirtschaftlichen Bedingungen Volatilität auslösen. Dadurch ergäben sich erhebliche Schwankungen der Margen und des Cashflows von einem Zeitraum zum anderen und über die Konjunkturzyklen hinweg (mittleres Risiko).

Neue Kapazitätserweiterungen in der ganzen Welt können zu einem Überangebot und einer geringeren Rentabilität führen. Der Zeitpunkt und das Ausmaß von Änderungen der derzeit vorherrschenden Marktbedingungen sind ungewiss, und Angebot und Nachfrage können jederzeit aus dem Gleichgewicht geraten. Daher ist es nicht möglich, das Ausmaß oder die Dauer künftiger Branchenzyklen oder deren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, das Betriebsergebnis und die Finanzlage genau vorherzusagen (mittleres Risiko).

Zunehmende globale Bedrohungen der Informationssicherheit und komplexere, gezielte Computerkriminalität stellen ein Risiko für die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von Daten, Abläufen und Infrastruktur dar (mittleres Risiko). Obwohl diese Risiken durch eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen wie Mitarbeiterschulungen, umfassende Überwachung der Netzwerke und Systeme sowie die Aufrechterhaltung von Sicherungs- und Schutzmaßnahmen gemindert werden, bleiben die Mitarbeiter, Systeme, Netzwerke, Produkte, Einrichtungen und Dienstleistungen potenziell anfällig für Industriespionage oder Cyberangriffe. Je nach Art und Umfang könnten solche Bedrohungen zur Kompromittierung vertraulicher Informationen, zur missbräuchlichen Nutzung der Systeme und Netzwerke, zur Manipulation und Zerstörung von Daten, zu fehlerhaften Produkten, Produktionsausfällen und Betriebsunterbrechungen führen. Dieses würde sich wiederum negativ sowohl auf den Ruf als auch die Wettbewerbsfähigkeit und Ertragslage auswirken.

Im Produktions- und Umweltbereich werden etwaige Risiken (mittleres Risiko) durch eine hohe Mitarbeiterqualifikation, klar definierte Sicherheitsstandards und die regelmäßige Wartung der Anlagen minimiert. Möglichen Produktionsausfallrisiken wird durch eine flexible Produktionssteuerung sowie entsprechende Versicherungsverträge wirtschaftlich sinnvoll entgegengewirkt.

Risiken aus neuen Technologien (geringes Risiko) wird auf Gruppenebene unter anderem dadurch begegnet, dass die neuen Produzenten durch die Gründung von Joint Ventures und/oder den Abschluss von Lizenzverträgen in die eigene Strategie eingebunden werden.

Die vom Konzern identifizierten Währungs-, Preis-, Zins-, Kredit-, Liquiditäts- und sonstigen finanziellen Risiken sowie IT-Risiken (geringes Risiko) werden von der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den LYB-Konzernrisikomanagement-Richtlinien zentral gelenkt.

Die Gesellschaft ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Währungs- und Preisrisiken ausgesetzt (geringes Risiko). Deren Absicherung erfolgt durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente; der Einsatz wird über die Finanzabteilung des LYB Konzerns gesteuert und bleibt auf die Absicherung des operativen Geschäfts beschränkt. Fremdwährungsforderungen werden vollständig durch Devisentermingeschäfte bei einer Schwestergesellschaft abgesichert. Mögliche Währungsrisiken, insbesondere beim Kauf der Rohstoffe in USD (geringes Risiko), werden auf europäischer Ebene analysiert, um die Verluste aus Währungsumrechnungen zu minimieren. Aggregierte Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden täglich mit Sicherungsgeschäften abgesichert.

Marktpreisänderungsrisiken aus künftigen Rohstoff- und Energie-Beschaffungsgeschäften werden für den Folgemonat abgesichert. So wird ein Teil des Rohstoff- und Energiepreisrisikos (geringes Risiko) durch Rohstoff- und Energie-Swaps abgesichert, um die Auswirkungen der Preisvolatilität auf die Beschaffungskosten zu minimieren. Die daraus resultierenden Währungsrisiken werden wiederum durch oben beschriebene Devisentermingeschäfte abgesichert.

Zurzeit sind Rechtsstreitigkeiten, die einen wesentlichen Einfluss auf die finanzielle Lage haben könnten, weder anhängig noch angedroht. Entsprechenden Risiken wird durch eine laufende Einbindung der Rechtsabteilung der BPO und der Gruppe entgegengewirkt. Weiterhin sind etwaige Risiken durch abgeschlossene Versicherungen wirtschaftlich sinnvoll begrenzt und werden durch entsprechende Rückstellungsbildung im Abschluss reflektiert (geringes Risiko).

Insgesamt sind damit zurzeit keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

8 Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB (Frauenquote)

Der Aufsichtsrat hat in 2022 zur Einhaltung der Frauenquote in der Geschäftsführung sowie im Aufsichtsrat eine Zielgröße von 25 % beschlossen, die bis zum 30. Juni 2024 erreicht werden sollte. Dieses Ziel wurde nicht vollständig erreicht. Zum 30. Juni 2024 war in der Geschäftsführung keine Frau vertreten. Der Frauenanteil im Aufsichtsrat lag zu diesem Zeitpunkt bei 25 %.

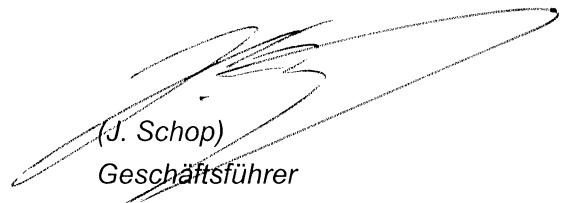
In 2024 hat der Aufsichtsrat für den Frauenanteil in der Geschäftsführung sowie im Aufsichtsrat erneut eine Zielgröße von jeweils 25 % beschlossen, die bis zum 30. Juni 2028 erreicht werden soll.

Für die erste und zweite Führungsebene unterhalb der Geschäftsführung hat die Geschäftsführung in 2020 für den Frauenanteil eine Zielgröße von 15% für die erste Führungsebene und von 20% für die zweite Führungsebene beschlossen, die jeweils bis zum 30. Juni 2024 erreicht werden sollten. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Zum 30. Juni 2024 lag der Frauenanteil auf der ersten Führungsebene bei 14% und auf der zweiten Führungsebene bei 16%.

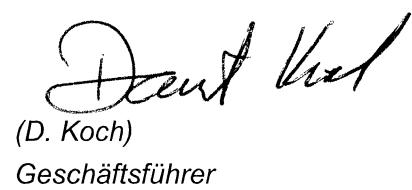
In 2024 hat die Geschäftsführung für den Frauenanteil auf der ersten und zweiten Führungsebene unterhalb der Geschäftsführung eine Zielgröße von 25 % für die erste Führungsebene und von 20 % für die zweite Führungsebene beschlossen, die bis zum 30. Juni 2028 erreicht werden sollen.

Hauptgrund für das Nichterreichen den zum 30. Juni 2024 beschlossenen Zielen ist die fehlende Diversität in den unteren und mittleren Führungsebenen, die sich auf die Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen in die oberen Führungsebenen bis hin zur Geschäftsführung auswirkt. LYB unternimmt kontinuierliche Anstrengungen, um diese strukturelle Barrieren zu überwinden und die Chancen für Frauen in der ersten und zweiten Führungsebene sowie in der Unternehmensführung zu erhöhen.

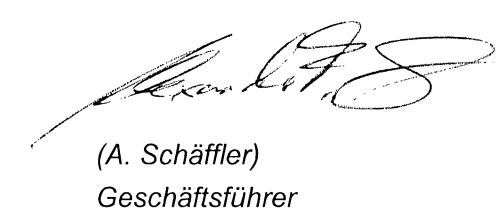
Wesseling, den 23. Juni 2025



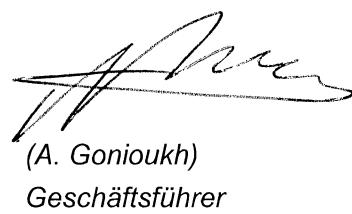
(J. Schop)
Geschäftsführer



D. Koch
(D. Koch)
Geschäftsführer



A. Schäffler
(A. Schäffler)
Geschäftsführer



A. Gonioukh
(A. Gonioukh)
Geschäftsführer



M. Coop
(M. Coop)
Geschäftsführer

Original liegt vor

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024**

Basell Polyolefine GmbH, Wesseling

Bilanz zum 31. Dezember 2024**Aktiva**

	Anhang Tz.	Stand am 31.12.2024 TEUR	Stand am 31.12.2023 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	III. 1	123	195
II. Sachanlagen	III. 2	893.531	593.519
III. Finanzanlagen	III. 3	79.729	79.729
		973.383	673.443
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		162.042	142.208
2. Unfertige Erzeugnisse		11.957	9.025
3. Fertige Erzeugnisse		246.216	233.836
		420.215	385.069
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	III. 4	80.165	78.532
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	III. 5	347.544	562.204
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		411	579
4. Sonstige Vermögensgegenstände	III. 6	129.749	120.490
		557.869	761.805
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		0	0
		978.084	1.146.874
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
	III. 7	2.865	2.722
		1.954.332	1.823.039

Passiva

	Anhang Tz.	Stand am 31.12.2024 TEUR	Stand am 31.12.2023 TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		259.431	259.431
II. Kapitalrücklage		244.006	244.006
III. Andere Gewinnrücklagen		8.281	8.281
	III. 8	511.718	511.718
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	III. 9	441.357	447.089
2. Sonstige Rückstellungen	III. 10	170.767	225.325
		612.124	672.414
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	III. 11	244.429	269.821
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	III. 12	417.514	318.961
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	III. 13	161.217	36.444
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		3.557	3.901
5. Sonstige Verbindlichkeiten	III. 14	3.773	9.780
		830.490	638.907
		1.954.332	1.823.039

Basell Polyolefine GmbH, Wesseling

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	Anhang Tz.	2024 TEUR	2023 TEUR
1. Umsatzerlöse	V. 18	3.983.644	3.947.226
2. Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	V. 19	-3.773.607	-3.778.879
3. Bruttoergebnis vom Umsatz		210.037	168.347
4. Vertriebskosten		-133.616	-136.388
5. Forschungskosten		-12.910	-14.056
6. Allgemeine Verwaltungskosten		-93.092	-80.400
7. Sonstige betriebliche Erträge	V. 20	27.839	22.520
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	V. 21	-1.560	-1.973
9. Erträge aus Beteiligungen		5.338	5.594
10. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	III. 3	24.902	13.961
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	V. 22	1.618	8.005
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	III. 3	0	-18.599
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	V. 22	-12.164	-7.511
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	V. 23	-12.320	-7.418
15. Ergebnis nach Steuern		4.072	-47.918
16. Sonstige Steuern		-1.199	-1.248
17. Jahresüberschuss (i. Vj. Jahresfehlbetrag) vor Gewinnabführung (i. Vj. Verlustübernahme)		2.873	-49.166
18. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn (i. Vj. übernommener Verlust)		-2.873	49.166
19. Jahresüberschuss (i. Vj. Jahresfehlbetrag)		0	0

Basell Polyolefine GmbH, Wesseling

Anhang für das Geschäftsjahr 2024

I. Allgemeine Angaben

Die Basell Polyolefine GmbH hat ihren Sitz in D-50389 Wesseling und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Köln (HRB 45129).

Die Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 HGB.

Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Umsatzkostenverfahren gem. § 275 Abs. 3 HGB aufgestellt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

II. Angaben zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden

1. Allgemeine Angaben

Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung anzubringen sind, im Anhang aufgeführt. Desgleichen werden einzelne Posten der Bilanz zusammengefasst und im Anhang erläutert.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Immaterielle Vermögensgegenstände:

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend (15 Jahre) linear, im Zugangsjahr zeitanteilig, abgeschrieben. Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände werden nicht aktiviert.

Der Firmenwert betrifft den Erwerb des Hostalen-Geschäfts im Geschäftsjahr 1998 und wurde über einen Zeitraum von 15 Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Sachanlagevermögen:

Die Gegenstände des Sachanlagevermögens werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen angesetzt. Anzahlungen werden zum Nennwert angesetzt. Zugänge mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von unter Euro 1.000,00 werden im Jahr des Zugangs aus Wirtschaftlichkeits- und Wesentlichkeitsgründen direkt als Aufwand erfasst.

Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode auf Basis der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ermittelt.

Folgende Nutzungsduauern werden den einzelnen Sachanlagegruppen zugrunde gelegt:

Grundstücke und Gebäude:	10-40 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen:	10-25 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung:	5-10 Jahre

Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen alle direkt dem Herstellungsprozess zurechenbaren Kosten sowie notwendige Teile der produktionsbezogenen Gemeinkosten. Hierzu zählen die fertigungsbedingten Abschreibungen, anteilige Verwaltungskosten sowie die anteiligen Kosten des sozialen Bereichs. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Reparaturkosten werden sofort als Aufwand erfasst.

Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig.

Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Finanzanlagevermögen:

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden, soweit erforderlich bei dauernder Wertminderung vorgenommen. Bei Wegfall der Gründe werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Vorräte:

Die Bewertung der wesentlichen Rohstoffe und der fertigen und unfertigen Erzeugnisse erfolgt überwiegend nach der Lifo – Verbrauchsfolgemethode, wobei Bestandsaufbauten mit den Jahresdurchschnittskosten bewertet werden; ansonsten erfolgt die Bewertung zu Durchschnittskosten. Abwertungen wegen Ungängigkeit, Beschädigung oder niedrigeren Stichtagswerten werden vorgenommen.

Die Herstellungskosten enthalten die aktivierungspflichtigen Bestandteile des § 255 Abs. 2 HGB, sowie für Zugänge / Bestandsaufbauten seit 2012 bestimmte weitere Teile der Gemeinkosten (Altersversorgung, soziale Aufwendungen, Verwaltungskosten usw.) gemäß § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB unter Berücksichtigung des Fertigstellungsgrades. Kosten der nicht genutzten Kapazitäten sowie Forschungs- und Entwicklungskosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Unter Beachtung des Niederstwertprinzips werden als niedrigere Stichtagswerte die Wiederbeschaffungskosten bzw. bei den Erzeugnissen die aus den voraussichtlichen Verkaufserlösen durch Rückrechnung abgeleiteten Werte angesetzt.

Bei den Vorräten sind die Rohstoffe und fertigen und unfertigen Erzeugnisse in Gruppen zusammengefasst. Aufgrund dieser Bewertung ergab sich bei den fertigen und unfertigen Erzeugnissen eine Lifo-Reserve von Euro 128,6 Mio. (i. Vj. Euro 129,8 Mio.) sowie von Euro 10,4 Mio. (i. Vj. Euro 16,5 Mio.) bei den wesentlichen Rohstoffen im Vergleich zu dem letzten Börsen- oder Marktpreis.

Zur Abdeckung der Risiken aus der Brauchbarkeit und Verwertbarkeit werden Wertberichtigungen auf bestimmte Hilfs- und Betriebsstoffe vorgenommen. Für Fertigerzeugnisse werden Wertberichtigungen nach der Altersstruktur vorgenommen.

Emissionsberechtigungen:

Entgeltlich erworbene Emissionsrechte werden mit ihren Anschaffungskosten bilanziert, unentgeltlich erworbene Emissionsrechte mit dem Erinnerungswert. Verpflichtungen zur Abgabe von Emissionsberechtigungen über die unentgeltlich zugeteilten Emissionsberechtigungen hinaus werden mit dem durchschnittlichen Börsen- oder Marktpreis des Berichtsjahres bilanziert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt.

Für zweifelhafte Forderungen bestehen Einzelwertberichtigungen.

Flüssige Mittel:

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten:

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, sofern sie Aufwand für eine bestimmte Zeit danach darstellen. Diese werden zum Nennwert angesetzt.

Latente Steuern:

Im Rahmen der steuerlichen Organschaft sind die auf temporäre Bewertungs- und Ansatzunterschiede anfallenden latenten Steuern beim Organträger, Basell Germany Holdings GmbH, zu bilanzieren. Die Gesellschaft macht als Organgesellschaft entsprechend DRS 18.35 von dem Wahlrecht Gebrauch, die sich aus temporären Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz ergebenden latenten Steuern nicht zu bilanzieren.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Gezeichnetes Kapital:

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Pensionen und ähnliche Verpflichtungen:

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Methode) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Monat Dezember 2024 veröffentlichten Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 1,90% (i. Vj. 1,82%). Der Effekt aus der Änderung des Rechnungszinssatzes wird bei den Pensionsaufwendungen und nicht im Finanzergebnis ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2024 betragen die Rückstellungen für Pensionen TEUR 441.357.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,5% (i. Vj. 3,5%) sowie Rentensteigerungen von 2,1% (i. Vj. 2,3%) zugrunde gelegt. Es wurde eine alters- und firmenspezifische Fluktuation unterstellt.

Die Pensionskasse der BASF übernimmt etwaige Rentenanpassungen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben gemäß § 16 Abs. 1 und 2 BetrAVG, sofern ihr die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Da gemäß Mitteilung der BASF Pensionskasse VVaG in 2015, 2018 bzw. 2021 die aktuelle Kapitalmarktlage nicht erwarten lässt, dass mittelfristig eine Übernahme der Verpflichtung durch die Pensionskasse der BASF erfolgen wird, wurden Rückstellungen zur Abdeckung der zu erwartenden Verpflichtungen für die Rentenanpassungen der Jahre 2026 - 2040 innerhalb der Pensionsrückstellungen gebildet.

Sonstige Rückstellungen:

Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Monat Dezember 2024 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre und ihrer Restlaufzeit entsprechend abgezinst.

Rückstellungen für Sozialpläne mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen wurden keine Kostensteigerungen berücksichtigt.

Rückstellungen für Rückbau- und Remanenzkosten werden im Erstjahr in voller Höhe dotiert. Hierbei werden jährliche Kostensteigerungen von 2% unterstellt. Die Abzinsung erfolgte gem. § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit den unterschiedlichen Zinssätzen entsprechend den Laufzeiten.

Die Bewertung der Rückstellung für Jubiläumsverpflichtungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck. Der verwendete Rechnungszins beträgt dabei 1,97% (i. Vj. 1,74%). Beim Rechnungszinssatz von 1,97% p.a. handelt es sich um einen prognostizierten Wert, der um 0,01 %-Punkte von dem von der Bundesbank veröffentlichten Wert abweicht. Der Rückstellungswert wurde auf Basis der „Projected Unit Credit“-Methode mit einem Gehaltstrend von 3,5% p.a. (i. Vj. 3,5%) gerechnet sowie eine alters- und firmenspezifische Fluktuation unterstellt.

Verbindlichkeiten:

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Zahlungen im Zusammenhang mit Lizenzvergaben werden bis zum Abschluss der Leistungserbringung, d.h. der Lieferung der Konstruktionspläne oder der Abnahme der Anlage, als erhaltene Anzahlungen ausgewiesen. Diese werden zum Nennwert angesetzt.

Unter den Verbindlichkeiten werden auch ausstehende Rechnungen ausgewiesen, soweit sie zum Abschlussstichtag dem Grunde und der Höhe nach sicher sind.

4. Fremdwährungsumrechnung

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden grundsätzlich mit dem historischen Kurs zum Zeitpunkt der Erstverbuchung erfasst. Die Bilanzposten werden zum Stichtag wie folgt bewertet:

Langfristige Fremdwährungsforderungen werden zum Devisenbriefkurs bei Entstehung der Forderung oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt (Imparitätsprinzip).

Kurzfristige Fremdwährungsforderungen (Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger) sowie liquide Mittel oder andere kurzfristige Vermögensgegenstände werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Langfristige Fremdwährungsverbindlichkeiten werden zum Devisengeldkurs bei Entstehung der Verbindlichkeit oder zum höheren Stichtagskurs bewertet (Imparitätsprinzip).

Kurzfristige Fremdwährungsverbindlichkeiten (Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger) werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen:

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt. Der Anlagenspiegel ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 93,8 betreffen Aufwendungen für die Registrierung chemischer Stoffe bei der Europäischen Chemikalienagentur sowie Anschaffungskosten für Software.

2. Sachanlagen

Die Investitionen in Sachanlagen betragen im Geschäftsjahr 2024 Euro 373,3 Mio. (i. Vj. Euro 169,0 Mio.). Schwerpunkte waren in Wesseling mit Euro 123,1 Mio. der Neubau einer Anlage zur Umwandlung von Kunststoffabfällen in hochwertiges Polymer-Rohmaterial nach der firmeneigenen Molecular Recycling Technologie (MoReTec), Investitionen zur Reduzierung von CO2-Emissionen mit Euro 53,6 Mio. sowie mit Euro 34,4 Mio. der Ausbau des Hafengeländes. Weitere Investitionen betreffen die Standorte Wesseling/Knapsack mit Euro 140,4 Mio. bzw. Frankfurt/Ludwigshafen mit Euro 12,6 Mio. und Münchsmünster mit Euro 9,2 Mio.

3. Finanzanlagen

Angabe der wesentlichen Beteiligungen im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz	Anteil am Kapital %	Eigen- kapital zum Stichtag [TEUR]	Ergebnis des letzten Ge- schäftsjahres [TEUR]
Direkter Anteilsbesitz			
Basell Bayreuth Chemie GmbH, Wesseling	94	12.076	24.910 *)
Yncoris GmbH & Co. KG, Hürth (vormals: InfraServ GmbH & Co. Knapsack KG - Geschäftsjahr 2023)	37	59.271	9.940
EPS Ethylen-Pipeline-Süd GmbH & Co. KG, Unterschleißheim (Geschäftsjahr 2023)	19,07	53.147	-11.869
Indirekter Anteilsbesitz			
A. Schulman GmbH, Kerpen	100	46.816	7.368 *)
A. Schulman Real Estate GmbH & Co. KG, Kerpen	94	2.100	694 **)

*) vor Ergebnisabführung 2024 und Garantiedividende der Minderheitsgesellschafter

**) vor Gutschrift auf die Gesellschafterverrechnungskonten

Wegen dauerhafter Wertminderung wurde im Geschäftsjahr 2023 eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von Euro 18,6 Mio. auf die Beteiligung an der EPS Ethylen-Pipeline-Süd GmbH & Co. KG vorgenommen.

Umlaufvermögen:

Sämtliche Forderungen sind, soweit nicht gesondert vermerkt, innerhalb eines Jahres fällig.

4. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Inland	22.019	27.267
Ausland	<u>58.221</u>	<u>51.340</u>
	80.240	78.607
Einzelwertberichtigungen	-75	-75
	<u>80.165</u>	<u>78.532</u>

5. Forderungen gegen verbundene Unternehmen

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
verbundene Unternehmen		
- LyondellBasell Finance Company B.V., Rotterdam, NL	0	136.026
- Basell Sales & Marketing Company B.V., Rotterdam, NL	302.881	321.480
- Basell Germany Holdings GmbH, Wesseling, DE	0	49.166
- Basell Bayreuth Chemie GmbH, Wesseling, DE	27.654	18.759
- Übrige	17.009	36.773
	<u>347.544</u>	<u>562.204</u>

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren aus:

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Bezeichnung		
Finanzverkehr	0	136.026
Lieferungs- und Leistungsverkehr	322.634	363.044
Ansprüchen aus Ergebnisabführungsverträgen	<u>24.910</u>	<u>63.134</u>
	<u>347.544</u>	<u>562.204</u>

Die Forderungen gegen die LyondellBasell Finance Company B.V. im Vorjahr resultieren aus dem Konzern-Cashpool.

Die Forderung gegenüber der Basell Bayreuth Chemie GmbH resultiert in Höhe von Euro 24,9 Mio. aus der Ergebnisabführung für das Geschäftsjahr 2024 (i. Vj. 14,3 Mio.).

6. Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Treuhandkonten zur Sicherung von Arbeitszeitguthaben sowie		
Abfindungsverpflichtungen	52.364	47.459
Anzahlungen aus Leistungen	12.485	8.541
Steuerforderungen:		
Umsatzsteuer	25.578	17.687
Quellensteuern	27.688	29.340
debitorische Kreditoren	744	723
Strompreiskompensation	5.300	0
Emissionsrechte	3.522	15.887
Sonstige Forderungen	2.068	853
	129.749	120.490

Die Treuhandkonten haben in Höhe von TEUR 51.299 (i. Vj. TEUR 46.222) eine Restlaufzeit von über einem Jahr.

7. Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten betreffen überwiegend Versicherungsvorauszahlungen.

Eigenkapital:

8. Stammkapital, Kapitalrücklage, andere Gewinnrücklagen

Gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag vom 18. Dezember 2001 in der Fassung vom 17. Dezember 2013 wird das Ergebnis in Höhe von Euro 2,9 Mio. (i. Vj. Euro -49,2 Mio.) an die Basell Germany Holdings GmbH (BGH) abgeführt, somit ist das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Rückstellungen:

9. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen enthalten:

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Pensionsverpflichtungen	441.357	447.089
<u>Pensionsrückstellungen</u>		

Zum 31. Dezember 2024 ergeben sich Rückstellungen für Pensionen in Höhe von TEUR 441.357. Diese liegen um TEUR 4.676 über dem Bewertungsansatz für Pensionsrückstellungen (Unterschiedsbetrag), der sich zum 31. Dezember 2024 bei Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnittszinssatzes von 1,97% (i. Vj. 1,74%) ergeben hätte. Zum Vorjahresbilanzstichtag lag der Bewertungsansatz noch in Höhe von TEUR 5.619 darunter; in dieser Höhe bestand entsprechend eine Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB, aber keine Abführungssperre.

10. Sonstige Rückstellungen

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Lebensarbeitszeitkonten	44.995	39.645
Rückbau- und Remanenzkosten	37.931	38.186
Rückstellung für Bodensanierung	20.781	19.530
Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen	18.672	49.184
Sonderzahlungen an Mitarbeiter	18.113	21.271
Arbeitnehmerjubiläen	11.769	11.585
Resturlaub	11.620	10.302
Drohverlust	1.433	30.822
Verschiedene ausstehende Rechnungen	1.025	481
Rückstellungen für Sozialpläne	168	275
Sonstige Rückstellungen	4.260	4.044
	170.767	225.325

Verbindlichkeiten

Die Fälligkeit der Verbindlichkeiten (alle unter 5 Jahre) ist aus nachfolgendem Verbindlichkeitspiegel erkennbar:

	< 1 Jahr		> 1 Jahr		Gesamt	
	31. Dez.		31. Dez.		31. Dez.	
	2024 [TEUR]	2023 [TEUR]	2024 [TEUR]	2023 [TEUR]	2024 [TEUR]	2023 [TEUR]
Erhaltene Anzahlungen	35.835	66.482	208.594	203.339	244.429	269.821
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	417.514	318.961	0	0	417.514	318.961
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter (verbundene Unternehmen)	2.873	0	0	0	2.873	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	158.344	36.444	0	0	158.344	36.444
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.557	3.901	0	0	3.557	3.901
Sonstige Verbindlichkeiten	3.773	9.780	0	0	3.773	9.780
	621.896	435.568	208.594	203.339	830.490	638.907

11. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen

In diesem Posten werden zum einen erhaltene Anzahlungen aus mehrjährigen Lizenzverträgen ausgewiesen, zum anderen Anzahlungen des hiermit zusammenhängenden Projektgeschäfts sowie Anzahlungen auf Lieferungen im Rahmen des Katalysatorgeschäfts.

12. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Inland	350.177	224.444
Ausland	67.337	94.517
	417.514	318.961

13. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
<u>Gesellschafter:</u>		
Basell Germany Holdings GmbH, Wesseling	2.873	0
<u>Übrige:</u>		
LyondellBasell Finance Company B.V., Rotterdam, NL	102.006	0
Basell Holdings B.V., Rotterdam, NL	30.207	17.629
LyondellBasell Industries N.V., Rotterdam, NL	8.746	7.557
Basell Poliolefine Italia Srl, Mailand, IT	8.543	3.313
Basell Polyolefins India PVT. Ltd., Mumbai, IN	3.992	3.147
Basell Benelux B.V., Rotterdam, NL	2.215	0
LyondellBasell Trading Company B.V., Rotterdam, NL	1.243	2.143
Lyondell Chemie Nederland B.V., Rotterdam, NL	987	1.386
Basell Poliolefinas Iberica S.L., Barcelona, ES	0	717
Sonstige	405	552
	158.344	36.444
	161.217	36.444

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus:

<u>Bezeichnung</u>	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Lieferungs- und Leistungsverkehr	56.338	36.444
Finanzverkehr	102.006	0
Verpflichtungen aus Ergebnisabführungsverträgen	2.873	0
	161.217	36.444

Zum Stichtag besteht gegenüber dem Gesellschafter Basell Germany Holdings GmbH eine Verbindlichkeit aus der Ergebnisabführung für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von Euro 2,9 Mio. (i. Vj. Forderung aus Ergebnisabführung in Höhe von Euro 49,2 Mio.).

Die Verbindlichkeiten gegenüber der LyondellBasell Finance Company B.V. resultieren aus dem Konzern-Cashpool.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Basell Holdings B.V. resultieren aus der Umlage von Serviceleistungen der Konzernzentrale.

Allen übrigen Verbindlichkeiten liegen Liefer- und Leistungsgeschäfte zu Grunde.

14. Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Einfuhrumsatzsteuer	0	6.561
Sonstige	3.773	3.219
<i>davon aus Steuern</i>	3.092	9.640
	3.773	9.780

15. Sonstige finanzielle Verpflichtungen / außerbilanzielle Geschäfte

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Abnahmeverpflichtung für Rohstoffe	1.766.726	2.754.615
Verpflichtung aus künftigen Großreparaturen	204.000	181.000
Bestellobligo für genehmigte Investitionen ins Anlagevermögen	248.874	179.130
Gesamtverpflichtungen aus langfristigen		
Miet- und Pachtverträgen	109.107	33.027

Die Abnahmeverpflichtungen für Rohstoffe betreffen mit Euro 1.265,6 Mio. das Folgejahr und mit Euro 501,1 Mio. den Zeitraum 2026-2032, die Verpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen mit Euro 25,8 Mio. das Folgejahr und mit Euro 83,3 Mio. den Zeitraum 2026-2044. Die Verpflichtungen aus künftigen Großreparaturen für petrochemische Anlagen betreffen den Zeitraum 2026 bis 2030. Das Bestellobligo für genehmigte Investitionen betrifft ausschließlich das Folgejahr.

Als für die Beurteilung der Finanzlage notwendig werden vor allem Geschäfte angesehen, aus denen in erheblicher Höhe Verbesserungen oder Verschlechterungen der Finanzsituation zu erwarten sind, oder die im Hinblick auf ihren Zeitpunkt bzw. Zeitraum oder den Geschäftspartner als ungewöhnlich anzusehen sind. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte, die für die Beurteilung der Finanzlage notwendig sind, existieren zum Abschlussstichtag nicht.

16. Haftungsverhältnisse

	31.12.2024 [TEUR]	31.12.2023 [TEUR]
Patronatserklärung	6.310	6.310
Sicherstellung operativer Liquiditätsbedarf der EPS GmbH & Co. KG	1.200	1.200
Verpflichtung zur Sicherstellung des Liquiditätsbedarf der EPS GmbH & Co. KG für alle Bankdarlehen	9.429	10.670

Gegenüber dem Freistaat Bayern wurde für die EPS Ethylen Pipeline Süd GmbH & Co. KG eine Patronatserklärung abgegeben, dass EG Fördermittel nur für die im Förderbescheid genannten Zwecke verwendet werden und dass Basell Polyolefine GmbH bei Verstoß gegen diese Verpflichtung die EPS Ethylen Pipeline Süd GmbH & Co. KG gemäß der Beteiligungsquote so finanziell ausstattet, dass die EPS Ethylen Pipeline Süd GmbH & Co. KG bei einem rechtmäßig erteilten Rückforderungsbescheid in der Lage ist, dieser Verpflichtung nachzukommen.

Weiterhin wurde gemäß Gesellschaftsvertrag die Verpflichtung übernommen, die Gesellschaft bei Bedarf jährlich mit bis zu TEUR 1.200 an Liquidität auszustatten. Die Verpflichtung ist auf 25 Jahre begrenzt und endet zum 30. Juni 2038.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft verpflichtet, den Liquiditätsbedarf der EPS Ethylen Pipeline Süd GmbH & Co. KG für alle Zahlungen für Bankdarlehen (Zins- und Tilgung) sicher zu stellen. Das anteilige Bankdarlehen beträgt zum Bilanzstichtag Euro 9,4 Mio. (ohne Zinsen).

Die zugunsten von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, eingegangenen Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da die zugrundeliegenden Verbindlichkeiten durch die Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, aufgrund vorliegender Unternehmensplanungen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

IV. Bewertungseinheiten

17. Derivative Finanzinstrumente / Bewertungseinheiten

Die Gesellschaft ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Währungs- und Preisrisiken ausgesetzt. Deren Absicherung erfolgt im Wesentlichen durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente. Ihr Einsatz wird über Corporate Treasury gesteuert und unterliegt strengen internen Kontrollen und bleibt auf die Absicherung des operativen Geschäfts der Gesellschaft sowie die damit verbundenen Geldanlagen und Finanzierungsvorgänge beschränkt.

Die beizulegenden Zeitwerte der Termingeschäfte werden aus dem Spread zwischen Termin- und Stichtagskurs bezogen auf das jeweilige Kontraktvolumen ermittelt.

Am 31. Dezember 2024 bestanden USD-Kurssicherungen in Höhe von USD 25,8 Mio. (i. Vj. USD 50,8 Mio.) mit einem beizulegenden Zeitwert von TEUR 11,8 (i. Vj. TEUR 139,3).

Zum Bilanzstichtag bestanden zur Absicherung von Marktpreisänderungsrisiken, die aus zukünftigen Beschaffungsgeschäften für Rohstoffe resultieren, Sicherungsgeschäfte in Höhe von USD 21,8 Mio. (i. Vj. USD 24,5 Mio.) mit einem beizulegenden Zeitwert von TEUR 492,0 (i. Vj. TEUR 641,1).

Im Berichtsjahr wurden Marktpreisrisiken für den Bezug von Strom abgesichert (i. Vj. Strom und Erdgas). Am Bilanzstichtag bestanden für den Bezug von Erdgas Sicherungsgeschäfte in Höhe von Euro

0 (i. Vj. Euro 10,5 Mio.) mit einem beizulegenden Zeitwert von TEUR 0 (i. Vj. TEUR 3.911,2). Für den Bezug von Strom bestanden Sicherungsgeschäfte in Höhe von Euro 25,8 Mio. (i. Vj. Euro 89,7) Mio. mit einem Zeitwert von TEUR 1.432,9 (i. Vj. TEUR 26.270,1).

Die Geschäfte werden in den Jahren 2025 – 2027 fällig und werden nicht bilanziell erfasst.

Für Verpflichtungen aus Zeitguthaben von Euro 44,6 Mio. (i. Vj. Euro 39,6 Mio.), ausgewiesen unter den sonstigen Rückstellungen, und die entsprechenden Ansprüche aus Treuhandkonten zur Absicherung der Zeitguthaben von Euro 51,3 Mio. (i. Vj. Euro 46,2 Mio.), ausgewiesen unter den sonstigen Vermögensgegenständen, werden **Bewertungseinheiten** gebildet und die Rückstellungen in Höhe des Wertes der Treuhandkonten bzw. des von den Mitarbeitern eingezahlten Betrages bewertet, da die Erträge aus den Aktiv anlagen den Mitarbeitern zustehen. Forderungen aus Zeitguthaben von Euro 6,7 Mio. betreffen die noch nicht erstatteten Beträge aus dem Treuhandvermögen, die bereits an Arbeitnehmer geleistet wurden.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

18. Umsatzerlöse nach Regionen und Tätigkeitsbereichen (§ 285 Nr. 4 HGB)

	2024 [TEUR]	2023 [TEUR]	Ver- änderung [TEUR]
<u>Regionen:</u>			
Europäische Union	3.406.385	3.373.945	32.440
davon Deutschland	1.967.589	2.011.898	-44.309
Drittland	577.259	573.281	3.978
	3.983.644	3.947.226	36.418
<u>Tätigkeitsbereiche:</u>			
Polyolefine	2.347.511	2.393.608	-46.097
Olefine	1.367.533	1.341.292	26.241
Lizenzen	135.598	72.926	62.672
Konzernumlagen	54.078	52.599	1.479
Übrige	78.924	86.801	-7.877
	3.983.644	3.947.226	36.418

Die Lizenzerlöse betreffen im Wesentlichen mit Euro 117,3 Mio. die technische Abnahme von Anlagen bzw. die Lieferung der technischen Dokumentationen in Drittländer.

Die übrigen Umsatzerlöse betreffen Erträge aus Standortdienstleistungen für ansässige Gesellschaften sowie für Infrastrukturleistungen an Dritte.

19. Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen

Material- und Personalaufwand (§ 285 Nr. 8a und 8b HGB)

	2024 [TEUR]	2023 [TEUR]
Materialaufwand:		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.990.682	3.049.429
Aufwendungen für bezogene Leistungen	355.484	278.776
	3.346.166	3.328.205
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	245.255	228.675
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	42.299	88.174
<i>davon für Altersversorgung</i>	5.996	54.790
	287.554	316.849

Die in den Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten periodenfremde Aufwendungen von Euro 3,7 Mio. (i. Vj. Euro 0,8 Mio.). Im Personalaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von Euro 0 Mio. (i. Vj. Euro 1,4 Mio.) enthalten.

20. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2024 [TEUR]	2023 [TEUR]
Versicherungsentschädigungen	327	259
Fördergeld Kohleausstieg	2.649	0
Erträge aus der Währungsumrechnung	1.717	1.002
Auflösung von Rückstellungen (periodenfremd)		
Pensionsrückstellungen	13.679	0
Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsrechten	4.657	15.276
Sonderzahlung an Mitarbeiter	1.198	259
Rückstellung für Bodensanierung	316	0
Ausstehende Rechnungen	195	1.020
Bußgeldbescheid	0	1.800
Abfindungen	0	0
Sonstige	3.101	2.904
	27.839	22.520

21. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten:

	2024 [TEUR]	2023 [TEUR]
Aufwendungen aus der Währungsumrechnung	675	1.794
Sonstige	885	179
	1.560	1.973

22. Zinsergebnis

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge enthalten solche von verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 1.500,0 (i. Vj. TEUR 7.965,7).

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten solche an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 3.946,3 (i. Vj. TEUR 188,3) und mit TEUR 8.218,2 (i. Vj. TEUR 7.308,5) die Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen.

23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die ausgewiesenen Ertragsteuern resultieren im Wesentlichen aus Quellensteuern im Rahmen des Lizenzgeschäfts.

VI. Sonstige Erläuterungen und Angaben

24. Angabe zur Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)

Gemäß Energiewirtschaftsgesetz unterliegen Betreiber bisheriger Objektnetze grundsätzlich den erweiterten Pflichten des Energiewirtschaftsgesetzes. Dazu zählen unter anderem die Entflechtungsvorgaben (beispielsweise die Pflicht zur getrennten Kontenführung nach § 6b EnWG) und die Netzentgeltregulierung (Anreizregulierung). Dabei sind die Betreiber sog. „geschlossener Verteilernetze“ nach § 110 EnWG von Teilen der regulatorischen Vorgaben befreit. Die Betreiber sog. „Kundenanlagen“ nach § 3 Nr. 24 a und/oder 24 b EnWG unterliegen darüber hinaus keinen Pflichten aus dem EnWG. Die Basell Polyolefine GmbH betreibt nach eigener Einschätzung zum Bilanzstichtag ausschließlich Kundenanlagen.

Nach § 6b Abs. 3 EnWG ist durch vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen im Sinne von § 3 Nr. 38 EnWG für die durch § 6b Abs. 3 EnWG benannten Tätigkeiten eine buchhalterische Entflechtung vorzunehmen. Die Gesellschaft fällt in Deutschland nicht unter die Definition des § 3 Nr. 38 EnWG, da das Unternehmen im Elektrizitätsbereich weder die Funktion Übertragung oder Verteilung noch im Erdgasbereich die Funktionen Fernleitung, Verteilung, Betrieb einer LNG-Anlage oder Speicherung wahrnimmt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 war jedoch nicht abschließend geklärt, ob der Status des vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens auch für die Unternehmensgruppe europaweit negiert werden konnte.

Als Konsequenz hat die Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahres 2012 im Rahmen einer konzernweiten Analyse darüber hinaus eruiert, ob die Voraussetzungen des § 6b Abs. 3 EnWG in Verbindung mit § 3 Nr. 38 EnWG europaweit für verbundene Unternehmen innerhalb des Konzerns im Sinne der EG - Fusionskontrollverordnung möglicherweise vorliegen. Aufgrund des Umstandes, dass die Gesellschaft am Standort Wesseling Energie an andere Gesellschaften liefert, würde das Vorliegen

von Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 6 EnWG bei verbundenen Unternehmen die Pflicht zur Anwendung des § 6b EnWG für die Gesellschaft bedingen.

Im Zusammenhang mit der oben bezeichneten Analyse haben sich Anzeichen dafür ergeben, dass ein mit der Gesellschaft innerhalb der EU verbundenes Unternehmen ggf. als Netzbetreiber im Sinne des EnWG einzustufen ist. Folglich hat die Gesellschaft die Vorgaben zur buchhalterischen Entflechtung nach § 6b EnWG aus Vorsichtsgründen für die vorherigen Geschäftsjahre sowie für das Geschäftsjahr 2024 angewendet. In der internen Rechnungslegung führen wir gemäß § 6b EnWG demnach getrennte Konten für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätsbereichs.

25. Mitarbeiterzahl (Jahresdurchschnitt)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>
Mitarbeiter	2.391	2.281
<i>davon Angestellte</i>	<i>1.294</i>	<i>1.216</i>
<i>davon gewerbliche Mitarbeiter</i>	<i>1.097</i>	<i>1.065</i>
Auszubildende	176	175

26. Gesamtbezüge für die Mitglieder des Aufsichtsrats

	<u>2024</u> [TEUR]	<u>2023</u> [TEUR]
Bezüge	28	24

Die Vergütung des Aufsichtsrates der Basell Polyolefine GmbH wird nur an die Arbeitnehmervertreter gewährt.

Dem **Aufsichtsrat** gehörten während des Geschäftsjahres an:

als Vertreter der Anteilseigner:

Rüdiger Klein, Basell Sales & Marketing B.V.	
Vice President, Polyolefins Sales Europe, Vorsitzender	
Frank Nöltgen, Basell Sales & Marketing B.V.	
Senior Director, APS Business Europe	
Gianluca Brescia, Lyondell Chemical Company	
Vice President, Polyolefins Europe	
Ben Buckers, Basell Sales & Marketing B.V.	bis 31.07.2024
Director, Polypropylene Europe	
Dörte Lorenz, Basell Polyolefine GmbH	ab 01.08.2024
Director Sustainable Procurement	
Harald Knies, Basell Polyolefine GmbH	
Senior Counsel, EAI Operations & Disputes Germany	
Lisbeth Heylen, Basell Polyolefine GmbH	
Director, Global Product Safety	

als Vertreter der Arbeitnehmer:

Dirk Hierl, Chemikant, Betriebsrat
stellvertretender Vorsitzender
Stefanie Porth, Operatorin
Franz-Günter Zeiger, Operations Manager
Christian Hauber, Betriebsrat
Carsten Sluiter, Operations Manager Monomer Logistic
Matthias Opfinger, Gewerkschaftssekretär

ab 02.02.2024

27. Gesamtbezüge der Geschäftsführung und ehemaliger Organmitglieder

Die Mitglieder der Geschäftsführung erhielten von der Basell Polyolefine GmbH im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von TEUR 1.246 (i. Vj. TEUR 1.336). Lediglich die bei der Gesellschaft angestellten Geschäftsführer erhalten Bezüge der Gesellschaft.

Die Gesamtbezüge der ehemaligen Geschäftsführer betragen im Berichtsjahr TEUR 415,0 (i. Vj. TEUR 315,3) und für ehemalige Aufsichtsratsmitglieder TEUR 296,4 (i. Vj. TEUR 239,5). Die Pensionsrückstellungen für ehemalige Geschäftsführer betragen Euro 15,2 Mio. (i. Vj. Euro 13,8 Mio.), für ehemalige Aufsichtsratsmitglieder Euro 9,7 Mio. (i. Vj. Euro 8,1 Mio.), (§ 285 Nr. 9b HGB).

28. Angabe und Aufgliederung des Gesamthonorars des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beläuft sich auf TEUR 500 inkl. Auslagen und betrifft Abschlussprüfungsleistungen (TEUR 490) und andere Bestätigungsleistungen (TEUR 10).

29. Gesellschafter und Konzernverhältnisse

Gesellschafter zum 31. Dezember 2024 sind:

- LyondellBasell Industries Holdings B.V., Rotterdam, Niederlande mit einem Geschäftsanteil (10,1%) von 26.203.000,00 Euro
- Basell Germany Holdings GmbH, Wesseling mit einem Geschäftsanteil (89,9 %) von 233.228.000,00 Euro

Die LyondellBasell Industries Holdings B.V. ist an der Basell Germany Holdings GmbH zu 100 % beteiligt. Damit ist die LyondellBasell Industries Holdings B.V. direkt und indirekt zu 100% an der Basell Polyolefine GmbH beteiligt.

Gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 18.12.2001, geändert am 17.12.2013 wird das Jahresergebnis an die Basell Germany Holdings GmbH abgeführt.

30. Einbeziehung in den Konzernabschluss der LyondellBasell Industries N.V., Rotterdam, Niederlande

Unsere Gesellschaft stellt keinen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf, sondern macht von der Möglichkeit Gebrauch, den IFRS Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf den 31. Dezember 2024 der LyondellBasell Industries N.V. in Deutschland im Unternehmensregister bekannt zu machen. Die Offenlegung erfolgt durch die Basell Germany Holdings GmbH, Wesseling. Der Konzernabschluss der LyondellBasell Industries N.V., der zugleich den größten und kleinsten Konsolidierungskreis darstellt, wird gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt und ist am Sitz dieser Gesellschaft erhältlich bzw. kann unter www.lyondellbasell.com eingesehen werden.

Zu **Geschäftsführern** der Gesellschaft sind bestellt:

Jimmy Schop, Director Business Finance, O&P, EAI & Technology,
Basell International Holdings B.V.

Daniel Koch, Site Manager Wesseling und Knapsack ab 01.04.2025

Stephan Ständer, Director Polymers Operations Wesseling ab 01.04.2024

bis 31.03.2025

Tassilo Bader, Site Manager Wesseling und Knapsack bis 31.03.2024

Alexander Schäffler, Site Manager Münchsmünster

Andrei Gonioukh, Site Manager Frankfurt und Ludwigshafen

Martin Coop, Senior Director, APS Manufacturing EU

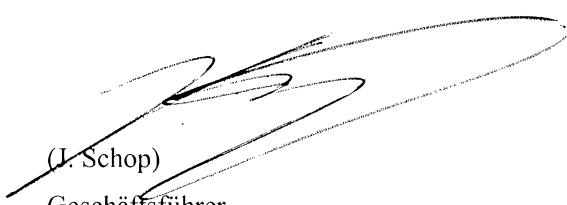
VII. Nachtragsbericht

Am 5. Juni 2025 hat LyondellBasell bekannt gegeben, dass sie eine Vereinbarung und exklusive Verhandlungen mit AEQUITA über den Verkauf von vier Olefin- und Polyolefinanlagen und dem damit verbundenen Geschäft in Europa, einschließlich des Standortes der Gesellschaft in Münchsmünster, abgeschlossen hat.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag mit wesentlicher Auswirkung auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht eingetreten.

Wesseling, den 23. Juni 2025

Basell Polyolefins GmbH



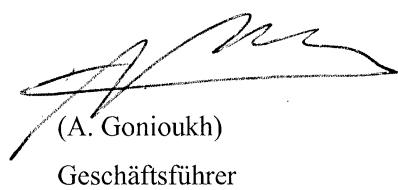
(I. Schop)
Geschäftsführer



(D. Koch)
Geschäftsführer



(A. Schäffler)
Geschäftsführer



(A. Gonioukh)
Geschäftsführer



(M. Coop)
Geschäftsführer

Anlagenspiegel

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2024

Bruttobuchwerte					
	Stand am 01.01.2024	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuch- ungen TEUR	Stand am 31.12.2024 TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	251.985	22	0	0	252.007
2. Geschäfts- oder Firmenwert	18.430	0	0	0	18.430
	270.415	22	0	0	270.437
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	252.589	2	0	599	253.190
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.462.742	26.905	28.796	58.953	3.519.804
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	39.547	1.740	1.212	328	40.403
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	206.555	344.624	0	-59.880	491.299
	3.961.433	373.271	30.008	0	4.304.696
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	54.708	0	0	0	54.708
2. Beteiligungen	48.137	0	0	0	48.137
	102.845	0	0	0	102.845
Anlagevermögen	4.334.693	373.293	30.008	0	4.677.978

Anlage zum Anhang

Abschreibungen				Nettobuchwerte		
Stand am 01.01.2024	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuch- ungen TEUR	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2023
251.790	94	0	0	251.884	123	195
18.430	0	0	0	18.430	0	0
270.220	94	0	0	270.314	123	195
209.263	1.689	0	0	210.952	42.238	43.326
3.121.985	69.666	27.962	0	3.163.689	356.115	340.757
36.666	1.070	1.212	0	36.524	3.879	2.881
0	0	0	0	0	491.299	206.555
3.367.914	72.425	29.174	0	3.411.165	893.531	593.519
0	0	0	0	0	54.708	54.708
23.116	0	0	0	23.116	25.021	25.021
23.116	0	0	0	23.116	79.729	79.729
3.661.250	72.519	29.174	0	3.704.595	973.383	673.443

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Basell Polyolefine GmbH, Wesseling

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Basell Polyolefine GmbH, Wesseling, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Basell Polyolefine GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für

unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgend-eine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmensaktivität, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentli-

chen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darauf hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen

bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmensaktivität nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteil

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 eingehalten hat.

Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.